

Bundesgesetzblatt¹⁶⁰⁹

Teil I

G 5702

2015

Ausgegeben zu Bonn am 8. Oktober 2015

Nr. 38

Tag	Inhalt	Seite
2.10.2015	Gesetz zur Reform des Wohngeldrechts und zur Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes (WoGRefG) FNA: 8601-3, 8601-1-1, 2330-32 GESTA: J014	1610
25. 9.2015	Fünfzehnte Schiffssicherheitsanpassungsverordnung FNA: 9512-19, 9512-19, 9512-19, 9512-19-1, 9510-1-29, 9510-31	1664
1.10.2015	Zehnte Verordnung zur Änderung weinrechtlicher Vorschriften FNA: 2125-5-7-1, 7847-11-4-22	1671
Hinweis auf andere Verkündungen		
	Verkündungen im Bundesanzeiger	1672

Gesetz zur Reform des Wohngeldrechts und zur Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes (WoGRefG)

Vom 2. Oktober 2015

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1 Änderung des Wohngeldgesetzes

Das Wohngeldgesetz vom 24. September 2008 (BGBl. I S. 1856), das zuletzt durch Artikel 9 Absatz 5 des Gesetzes vom 3. April 2013 (BGBl. I S. 610) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angabe zu § 29 wird wie folgt gefasst:

„§ 29 Haftung, Aufrechnung, Verrechnung und vorläufige Zahlungseinstellung“.
 - b) Die Angabe zu § 35 wird wie folgt gefasst:

„§ 35 Erhebungs- und Hilfsmerkmale“.
 - c) Die Angabe zu § 39 wird wie folgt gefasst:

„§ 39 Wohngeld- und Mietenbericht; Bericht über die Lage und Entwicklung der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland“.
 - d) Nach der Angabe zu § 42 wird folgende Angabe zu § 42a eingefügt:

„§ 42a Übergangsregelung aus Anlass des Gesetzes zur Reform des Wohngeldrechts und zur Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes“.
 - e) In den Angaben zu den Anlagen 1 und 2 wird jeweils die Angabe „Abs.“ durch das Wort „Absatz“ ersetzt.
2. In § 3 Absatz 4 werden die Wörter „eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft (§ 5 Abs. 3 und 4) führt“ durch die Wörter „Wohnraum gemeinsam bewohnt“ ersetzt.
3. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „in einer Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft lebt, wenn der Wohnraum, für den Wohngeld beantragt wird,“ durch die Wörter „den Wohnraum, für den Wohngeld beantragt wird, gemeinsam bewohnt, wenn dieser Wohnraum“ ersetzt.
 - b) Die Absätze 3 und 4 werden aufgehoben.
 - c) Die Absätze 5 und 6 werden die Absätze 3 und 4.
 - d) Der neue Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Betreuen nicht nur vorübergehend getrennt lebende Eltern ein Kind oder mehrere Kinder zu annähernd gleichen Teilen, ist jedes dieser Kinder bei beiden Elternteilen Haushaltsmitglied. Gleiches gilt bei einer Aufteilung der Betreuung bis zu einem Verhältnis von mindestens einem Drittel zu zwei Dritteln je Kind. Betreuen die Eltern mindestens zwei dieser Kinder nicht in einem Verhältnis nach Satz 1 oder 2, ist bei dem Elternteil mit dem geringeren Betreuungsanteil nur das jüngste dieser Kinder Haushaltsmitglied. Für Pflegekinder und Pflegeeltern gelten die Sätze 1 bis 3 entsprechend.“

4. § 8 Absatz 1 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Der Ausschluss gilt für den Zeitraum als nicht erfolgt, für den

 1. der Antrag auf eine Leistung nach § 7 Absatz 1 zurückgenommen wird,
 2. die Leistung nach § 7 Absatz 1 abgelehnt, versagt, entzogen oder ausschließlich als Darlehen gewährt wird,
 3. der Bewilligungsbescheid über eine Leistung nach § 7 Absatz 1 zurückgenommen oder aufgehoben wird,
 4. der Anspruch auf eine Leistung nach § 7 Absatz 1 nachträglich im Sinne des § 103 Absatz 1 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch ganz entfallen ist oder nach § 104 Absatz 1 oder 2 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch oder nach § 40a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch nachrangig ist oder
 5. die Leistung nach § 7 Absatz 1 nachträglich durch den Übergang eines Anspruchs in vollem Umfang erstattet wird.“
5. § 9 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Bei der Ermittlung der Miete nach Absatz 1 bleiben folgende Kosten und Vergütungen außer Betracht:

 1. Heizkosten und Kosten für die Erwärmung von Wasser,
 2. Kosten der eigenständig gewerblichen Lieferung von Wärme und Warmwasser, soweit sie den in Nummer 1 bezeichneten Kosten entsprechen,
 3. die Kosten der Haushaltsenergie, soweit sie nicht von den Nummern 1 und 2 erfasst sind,

4. Vergütungen für die Überlassung einer Garage sowie eines Stellplatzes für Kraftfahrzeuge.

Ergeben sich diese Beträge nicht aus dem Mietvertrag oder entsprechenden Unterlagen, sind Pauschbeträge abzusetzen.“

6. § 12 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird die Tabelle wie folgt gefasst:

„Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder	Mietenstufe	Höchstbetrag in Euro
1	I	312
	II	351
	III	390
	IV	434
	V	482
	VI	522
2	I	378
	II	425
	III	473
	IV	526
	V	584
	VI	633
3	I	450
	II	506
	III	563
	IV	626
	V	695
	VI	753
4	I	525
	II	591
	III	656
	IV	730
	V	811
	VI	879
5	I	600
	II	675
	III	750
	IV	834
	V	927
	VI	1 004
Mehrbetrag für jedes weitere zu berücksichtigende Haushaltsmitglied	I	71
	II	81
	III	91
	IV	101
	V	111
	VI	126“.

- b) Dem Absatz 2 werden die folgenden Sätze angefügt:

„Das Mietenniveau ist die durchschnittliche prozentuale Abweichung der Quadratmetermieten von Wohnraum in Gemeinden vom Durchschnitt der Quadratmetermieten des Wohnraums im Bundesgebiet. Zu berücksichtigen sind nur Quadratmetermieten von Wohnraum im Sinne des Satzes 1.“

- c) Die Absätze 3 und 4 werden wie folgt gefasst:

„(3) Das Mietenniveau ist vom Statistischen Bundesamt festzustellen für Gemeinden mit

1. einer Einwohnerzahl von 10 000 und mehr gesondert,
2. einer Einwohnerzahl von weniger als 10 000 und gemeindefreie Gebiete nach Kreisen zusammengefasst.

Maßgebend für die Zuordnung nach Satz 1 ist die Einwohnerzahl, die auf der Grundlage von § 5 des Bevölkerungsstatistikgesetzes fortgeschrieben wurde.

(4) Das Mietenniveau wird vom Statistischen Bundesamt bei einer Anpassung der Höchstbeträge nach Absatz 1 auf der Grundlage von zwei aufeinanderfolgenden Ergebnissen der jährlichen Wohngeldstatistik für Dezember (§ 36 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2) festgestellt. Es ist ein bundesweit einheitlicher Stichtag für die Ergebnisse der Bevölkerungsstatistik zu Grunde zu legen.“

7. § 14 wird wie folgt geändert:

- a) Nach Absatz 1 Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:

„Von den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit, die nach dem Einkommensteuergesetz vom Arbeitgeber pauschal besteuert werden, zählen zum Jahreseinkommen nur

1. die nach § 37b des Einkommensteuergesetzes pauschal besteuerten Sachzuwendungen und
2. der nach § 40a des Einkommensteuergesetzes pauschal besteuerte Arbeitslohn und das pauschal besteuerte Arbeitsentgelt, jeweils abzüglich der Aufwendungen zu dessen Erwerbung, Sicherung oder Erhaltung, höchstens jedoch bis zur Höhe dieser Einnahmen.“

- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 2 werden die Wörter „Wehr- und Zivildienstbeschädigte“ durch die Wörter „Wehrdienstbeschädigte, im freiwilligen Wehrdienst Beschädigte, Zivildienstbeschädigte und im Bundesfreiwilligendienst Beschädigte“ ersetzt.

bb) Die Nummern 12 und 13 werden aufgehoben.

cc) Der Nummer 19 werden die Wörter „dies gilt entsprechend, wenn anstelle von wiederkehrenden Unterhaltsleistungen Unterhaltsleistungen als Einmalbetrag gewährt werden;“ angefügt.

dd) Nummer 20 wird wie folgt geändert:

aaa) Buchstabe b wird wie folgt gefasst:

„b) die Versorgungsleistungen, die Leistungen auf Grund eines schuldrechtlichen Versorgungsausgleichs und Ausgleichsleistungen zur Vermeidung eines Versorgungsausgleichs,“.

bbb) Im Satzteil nach Buchstabe b wird die Angabe „§ 22 Nr. 1a, 1b oder Nr. 1c“ durch die Angabe „§ 22 Nummer 1a“ ersetzt.

ee) Nummer 23 wird aufgehoben.

ff) Nummer 27 wird wie folgt geändert:

aaa) Dem Buchstaben a werden die Wörter „mit Ausnahme der Leistungen nach § 14a des Bundesausbildungsförderungsgesetzes in Verbindung mit den §§ 6 und 7 der Verordnung über Zusatzleistungen in Härtefällen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz und mit Ausnahme des Kinderbetreuungszuschlages nach Maßgabe des § 14b des Bundesausbildungsförderungsgesetzes,“ angefügt.

bbb) In Buchstabe e wird das Semikolon durch ein Komma ersetzt.

ccc) Folgender Buchstabe f wird angefügt:

„f) Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes während des ausbildungsbegleitenden Praktikums oder der betrieblichen Berufsausbildung bei Teilnahme am Sonderprogramm Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa;“.

gg) Nummer 30 wird wie folgt gefasst:

„30. die wiederkehrenden Leistungen nach § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 9, auch wenn bei deren Berechnung die Kosten der Unterkunft nicht berücksichtigt worden sind, mit Ausnahme

a) der darin enthaltenen Kosten der Unterkunft, wenn diese nicht für den Wohnraum gewährt werden, für den Wohngeld beantragt wurde,

b) der von Nummer 24 oder Nummer 25 erfassten Leistungen,

c) des Sozialgeldes, das ein zu berücksichtigendes Kind als Mitglied der Bedarfsgemeinschaft im Haushalt des getrennt lebenden anderen Elternteils anteilig erhält,

d) der Hilfe zum Lebensunterhalt, das ein nach dem Dritten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch leistungsberechtigtes Kind im Haushalt des getrennt lebenden Elternteils anteilig erhält, oder

e) der Leistungen, die in den Fällen des § 7 Absatz 1 Satz 3 oder Absatz 2 Satz 2 erbracht werden, in denen kein Ausschluss vom Wohngeld besteht;“.

8. § 15 Absatz 2 Satz 2 und 3 wird wie folgt gefasst:

„Ist kein Zurechnungszeitraum festgelegt oder vereinbart, so ist das einmalige Einkommen jeweils zu einem Drittel in den drei Jahren nach dem Zuflussmonat zuzurechnen. Ist das einmalige Einkommen vor der Antragstellung zugeflossen, ist es nur dann nach Satz 1 oder Satz 2 zuzurechnen, wenn es innerhalb von drei Jahren vor der Antragstellung zugeflossen ist.“

9. § 16 wird wie folgt gefasst:

„§ 16

Abzugsbeträge für
Steuern und Sozialversicherungsbeiträge

Bei der Ermittlung des Jahreseinkommens sind von dem Betrag, der sich nach den §§ 14 und 15 ergibt, jeweils 10 Prozent abzuziehen, wenn zu erwarten ist, dass im Bewilligungszeitraum die folgenden Steuern und Pflichtbeiträge zu leisten sind:

1. Steuern vom Einkommen,

2. Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung,

3. Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung.

Satz 1 Nummer 2 und 3 gilt entsprechend, wenn keine Pflichtbeiträge, aber laufende Beiträge zu öffentlichen oder privaten Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen zu leisten sind, die dem Zweck der Pflichtbeiträge nach Satz 1 Nummer 2 oder Nummer 3 entsprechen. Satz 2 gilt auch, wenn die Beiträge zu Gunsten eines zu berücksichtigenden Haushaltsmitgliedes zu leisten sind. Die Sätze 2 und 3 gelten nicht, wenn eine im Wesentlichen beitragsfreie Sicherung oder eine Sicherung besteht, für die Beiträge von Dritten zu leisten sind. Die Sätze 1 und 2 gelten bei einmaligem Einkommen im Sinne des § 15 Absatz 2 in jedem Jahr der Zurechnung entsprechend.“

10. § 17 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. 1 500 Euro für jedes schwerbehinderte zu berücksichtigende Haushaltsmitglied mit einem Grad der Behinderung

a) von 100 oder

b) von unter 100 bei Pflegebedürftigkeit im Sinne des § 14 des Elften Buches Sozialgesetzbuch und gleichzeitiger häuslicher oder teilstationärer Pflege oder Kurzzeitpflege;“.

b) Nummer 2 wird aufgehoben.

c) Die Nummern 3 bis 5 werden die Nummern 2 bis 4.

d) Die neuen Nummern 3 und 4 werden wie folgt gefasst:

- „3. 1 320 Euro, wenn
- a) ein zu berücksichtigendes Haushaltsmitglied ausschließlich mit einem Kind oder mehreren Kindern Wohnraum gemeinsam bewohnt und
 - b) mindestens eines dieser Kinder noch nicht 18 Jahre alt ist und für dieses Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder dem Bundeskindergeldgesetz oder eine in § 65 Absatz 1 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes genannte Leistung gewährt wird;
4. ein Betrag in Höhe der eigenen Einnahmen aus Erwerbstätigkeit jedes Kindes eines Haushaltsmitgliedes, höchstens jedoch 1 200 Euro, wenn das Kind ein zu berücksichtigendes Haushaltsmitglied und noch nicht 25 Jahre alt ist.“
11. In § 18 Satz 1 Nummer 2 wird die Angabe „Abs. 6“ durch die Angabe „Absatz 4“ ersetzt.
12. § 19 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird die Angabe „ $1,08 \cdot (M - (a + b \cdot M + c \cdot Y) \cdot Y)$ Euro“ durch die Angabe „ $1,15 \cdot (M - (a + b \cdot M + c \cdot Y) \cdot Y)$ Euro“ ersetzt.
 - bb) In den Sätzen 2 und 3 wird jeweils das Wort „gerundete“ gestrichen.
 - b) In Absatz 3 wird die Angabe „43“ durch die Angabe „47“ ersetzt.
13. § 20 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Besteht für Haushaltsmitglieder ein Anspruch auf Leistungen nach den §§ 13 oder 17 Absatz 1 des Unterhaltssicherungsgesetzes, so haben diese Personen für die Dauer des freiwilligen Wehrdienstes nach § 58b des Soldatengesetzes keinen Wohngeldanspruch; § 3 Absatz 4 und § 11 Absatz 3 dieses Gesetzes gelten entsprechend. Ist der oder dem freiwilligen Wehrdienst Leistenden Wohngeld für einen Zeitraum bewilligt worden, in den der Beginn des freiwilligen Wehrdienstes fällt, so ist das Wohngeld bis zum Ablauf des Bewilligungszeitraums in gleicher Höhe weiter zu leisten; § 27 Absatz 2 und § 28 bleiben unberührt.“
 - b) Absatz 2 Satz 1 bis 3 wird wie folgt gefasst:

„Es besteht kein Wohngeldanspruch, wenn allen Haushaltsmitgliedern eine der folgenden Leistungen dem Grunde nach zusteht oder im Fall ihres Antrages dem Grunde nach zustünde:

 1. Leistungen zur Förderung der Ausbildung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz,
 2. Leistungen nach den §§ 56, 116 Absatz 3 oder § 122 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch oder
 3. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes während des ausbildungsbegleitenden Praktikums oder der betrieblichen Berufsausbildung bei Teilnahme am Sonderprogramm Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa.
- Satz 1 gilt auch, wenn dem Grunde nach Förderungsberechtigte der Höhe nach keinen Anspruch auf Förderung haben. Satz 1 gilt nicht, wenn die Leistungen ausschließlich als Darlehen gewährt werden.“
14. § 23 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „verpflichtet“, die Wörter „auf Verlangen“ eingefügt.
 - bb) Folgender Satz wird angefügt:

„Die wohngeldberechtigte Person hat im Wohngeldantrag nach § 22 und im Antrag nach § 27 Absatz 1 alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind.“
 - b) In Absatz 2 werden nach dem Wort „verpflichtet“, die Wörter „auf Verlangen“ eingefügt.
 - c) In Absatz 3 werden nach dem Wort „verpflichtet“, die Wörter „auf Verlangen“ eingefügt.
15. § 24 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 3 Satz 2 werden nach den Wörtern „werden kann“ die Wörter „und dass eine Neuentscheidung von Amts wegen mit der Folge des Wohngeldwegfalles oder eines verringerten Wohngeldes auch dann möglich ist, wenn keine Mitteilungspflicht besteht“ eingefügt.
 - b) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„(4) Erzielt mindestens eines der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder Einkünfte aus selbständiger Arbeit, aus Gewerbebetrieb oder aus Land- und Forstwirtschaft, so kann der Wohngeldbewilligungsbescheid mit der Auflage verbunden werden, dass die Einkommensteuerbescheide, die den Zeitraum der Wohngeldbewilligung betreffen, unverzüglich der Wohngeldbehörde zur Prüfung, ob ein Fall des § 27 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 vorliegt, vorzulegen sind.“
 - c) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5 und wie folgt gefasst:

„(5) Wenn infolge des Umzugs der wohngeldberechtigten Person eine andere Wohngeldbehörde zuständig wird, bleibt abweichend von § 44 Absatz 3 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch die Wohngeldbehörde, die den Wohngeldbescheid erlassen hat, zuständig für

 1. die Aufhebung eines Wohngeldbescheides,
 2. die Rückforderung des zu erstattenden Wohngeldes sowie
 3. die Unterrichtung und den Hinweis nach § 28 Absatz 5.“
16. § 25 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 3 Satz 3 wird aufgehoben.
 - b) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5.
 - c) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 4 und wie folgt gefasst:

„(4) Ist ein Wohngeldbewilligungsbescheid nach § 28 Absatz 3 unwirksam geworden, beginnt der Wohngeldbewilligungszeitraum abweichend von § 25 Absatz 3 Satz 1 frühestens am Ersten des Monats, von dem an die Unwirksamkeit des Wohngeldbewilligungsbescheides eingetreten ist; dies gilt nur unter der Voraussetzung, dass der Wohngeldantrag vor Ablauf des Kalendermonats gestellt wird, der

1. auf die Kenntnis der Ablehnung einer Leistung nach § 7 Absatz 1 folgt oder
2. auf die Kenntnis von der Unwirksamkeit des Wohngeldbewilligungsbescheides folgt, wenn nur ein Teil der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder nach § 7 vom Wohngeld ausgeschlossen ist.

Der Ablehnung einer Leistung nach § 7 Absatz 1 im Sinne des § 25 Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 stehen die Fälle des § 8 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 gleich. Wird eine Leistung nach § 7 Absatz 1 rückwirkend für alle zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder und nur für einen Teil des bisherigen Wohngeldbewilligungszeitraums gewährt, beginnt der neue Wohngeldbewilligungszeitraum am Ersten des Monats, von dem an die Leistung nach § 7 Absatz 1 nicht mehr gewährt wird; dies gilt nur unter der Voraussetzung, dass der Wohngeldantrag vor Ablauf des Kalendermonats gestellt wird, der auf die Kenntnis von dem Ende des Bewilligungszeitraums einer Leistung nach § 7 Absatz 1 folgt.“

17. § 26 Absatz 1 Satz 4 wird aufgehoben.

18. § 27 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden im Satzteil vor Nummer 1 die Wörter „vom Zeitpunkt der Änderung der Verhältnisse an“ durch die Wörter „ab dem Zeitpunkt der Änderung der Verhältnisse unter Aufhebung des Bewilligungsbescheides“ ersetzt.

bb) Folgende Sätze werden angefügt:

„Eine Neuentscheidung von Amts wegen muss innerhalb eines Jahres, nachdem die Wohngeldbehörde von der Änderung der Verhältnisse Kenntnis erlangt hat, erfolgen. Die Neuentscheidung ist unabhängig vom Bestehen einer Mitteilungspflicht.“

b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden im Satzteil vor Nummer 1 die Wörter „und das Haushaltsmitglied, an welches das Wohngeld nach § 26 Abs. 1 Satz 2 gezahlt wird,“ gestrichen und wird das Wort „müssen“ durch das Wort „muss“ ersetzt.

bb) In Satz 2 werden die Wörter „und dem Haushaltsmitglied, an welches das Wohngeld nach § 26 Abs. 1 Satz 2 gezahlt wird,“ gestrichen.

c) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Die Absätze 2 und 3 gelten entsprechend, wenn sich die Änderungen nach Absatz 2 Satz 1 und 4 und Absatz 3 Satz 1 auf einen ab-

gelaufenen Bewilligungszeitraum beziehen. Werden die Änderungen erst nach Ablauf des Bewilligungszeitraums bekannt und wirken sie auf einen oder mehrere abgelaufene Bewilligungszeiträume zurück, so ist eine Entscheidung nach Absatz 2 längstens für die drei Jahre, bevor die wohngeldberechtigte Person oder die zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder von der Änderung der Verhältnisse Kenntnis erlangt haben, zulässig; der Kenntnis steht die Nichtkenntnis infolge grober Fahrlässigkeit gleich. Hat die wohngeldberechtigte Person eine Änderung nach Absatz 2 Satz 1 und 4 im laufenden Bewilligungszeitraum nicht mitgeteilt und erhält die Wohngeldbehörde daher erst nach Ablauf des Bewilligungszeitraums von der Änderung Kenntnis, so ist eine Entscheidung nach Absatz 2 längstens für zehn Jahre seit Änderung der Verhältnisse zulässig.“

19. § 28 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden die Wörter „und das Haushaltsmitglied, an welches das Wohngeld nach § 26 Abs. 1 Satz 2 gezahlt wird,“ gestrichen und wird das Wort „müssen“ durch das Wort „muss“ ersetzt.

bb) Folgender Satz wird angefügt:

„Der Wechsel des Wohnraums innerhalb desselben Heimes im Sinne des Heimgesetzes oder entsprechender Gesetze der Länder gilt nicht als Nutzungsaufgabe.“

b) Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Der Bewilligungsbescheid ist mit Wirkung vom Ersten des Monats der zweckwidrigen Verwendung an aufzuheben, wenn seine Bekanntgabe nicht länger als zehn Jahre und die Kenntnis der Wohngeldbehörde von der zweckwidrigen Verwendung nicht länger als ein Jahr zurückliegt.“

c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „und das Haushaltsmitglied, an welches das Wohngeld nach § 26 Abs. 1 Satz 2 gezahlt wird,“ gestrichen und wird das Wort „müssen“ durch das Wort „muss“ ersetzt.

bb) In Satz 2 werden die Wörter „und dem Haushaltsmitglied, an welches das Wohngeld nach § 26 Abs. 1 Satz 2 gezahlt wird,“ gestrichen.

d) In Absatz 5 wird die Angabe „Abs. 5“ durch die Angabe „Absatz 4“ ersetzt.

e) In Absatz 6 wird nach den Wörtern „Absätzen 1 bis 3“ die Angabe „, § 42a“ eingefügt.

20. § 29 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 29

Haftung,

Aufrechnung, Verrechnung
und vorläufige Zahlungseinstellung“.

b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:

„(4) Die Wohngeldbehörde kann die Zahlung des Wohngeldes ohne Erlass eines Bescheides vorläufig ganz oder teilweise einstellen, wenn sie Kenntnis von Tatsachen erhält, die die Annahme rechtfertigen, dass

1. der Bewilligungsbescheid bei Erlass rechtswidrig war und die wohngeldberechtigte Person sich nach § 45 Absatz 2 Satz 3 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch nicht auf Vertrauensschutz berufen kann oder
2. die Voraussetzungen des § 27 Absatz 2, auch in Verbindung mit Absatz 4 oder § 28 Absatz 1 bis 3, vorliegen.

Soweit die Kenntnis nicht auf Angaben der wohngeldberechtigten Person beruht, sind dieser unverzüglich die vorläufige Einstellung der Wohngeldzahlung sowie die dafür maßgeblichen Gründe mitzuteilen und ist ihr Gelegenheit zu geben, sich zu äußern. Die Wohngeldbehörde hat eine vorläufig eingestellte Wohngeldleistung unverzüglich nachzuzahlen, wenn nicht entweder der Bewilligungsbescheid, aus dem sich der Anspruch ergibt, zwei Monate nach der Einstellung der Zahlung mit Wirkung für die Vergangenheit aufgehoben oder nachträglich die Unwirksamkeit des Bewilligungsbescheides festgestellt worden ist. Satz 3 gilt nicht, wenn die Wohngeldleistung zwischenzeitlich nach Maßgabe des § 66 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch entzogen wurde.“

21. § 33 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 werden nach dem Wort „Einkommensteuergesetzes“ die Wörter „, insbesondere zu der Höhe von Kapitalerträgen, für die ein Freistellungsauftrag erteilt worden ist,“ eingefügt.
- b) In Absatz 3 Satz 1 werden im Satzteil nach Nummer 6 die Wörter „Stellen und die für die Leistungen nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 und 3“ durch die Wörter „und die für die Leistungen nach Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 und 3 zuständigen Stellen“ ersetzt.

22. § 35 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 35

Erhebungs- und Hilfsmerkmale.“

- b) In Absatz 1 Nummer 9 werden die Wörter „der Monat und das Jahr“ durch die Wörter „das Datum“ ersetzt.
- c) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Hilfsmerkmale sind:

 1. Name und Anschrift der auskunftspflichtigen Wohngeldbehörde;
 2. Wohngeldnummern; diese dürfen keine Angaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse der wohngeldberechtigten Personen sowie der in § 23 Absatz 1 bis 3 bezeichneten Personen enthalten oder einen Rückschluss auf diese Verhältnisse zulassen.

Die Wohngeldnummern sind zu löschen, sobald bei den statistischen Landesämtern die Überprüfung der Erhebungs- und Hilfsmerkmale auf ihre Schlüssigkeit und Vollständigkeit sowie die Erstellung und Prüfung von Ergebnissen aus der Bestandsfortschreibung abgeschlossen sind, spätestens jedoch nach Ablauf von fünf Jahren seit dem Zeitpunkt, zu dem die Erhebung durchgeführt worden ist (§ 36 Absatz 1).“

d) Absatz 3 wird aufgehoben.

23. § 36 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Zu diesem Zweck dürfen die Einzelangaben auch dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit oder, wenn die Aufgabe der Zusatzaufbereitung an das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung übertragen worden ist, an dieses übermittelt werden.“

bb) Nach Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:

„Dabei sind mehr als fünf zu berücksichtigende Haushaltsmitglieder, die Wohnraum gemeinsam bewohnen, in einer Gruppe zusammenzufassen.“

b) Absatz 3 wird aufgehoben.

24. § 37 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 1 werden die Angabe „§ 23 Abs. 1 bis 3“ durch die Wörter „§ 23 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 oder Absatz 3“ und das Wort „oder“ am Ende durch ein Komma ersetzt.

b) Nach Nummer 1 wird folgende Nummer 2 eingefügt:

„2. entgegen § 23 Absatz 1 Satz 3 eine Angabe nicht richtig macht oder“.

c) Die bisherige Nummer 2 wird Nummer 3.

25. § 39 wird wie folgt gefasst:

„§ 39

Wohngeld- und

Mietenbericht; Bericht über die Lage und Entwicklung der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland

(1) Die Höchstbeträge für Miete und Belastung (§ 12 Absatz 1), die Mietenstufen (§ 12 Absatz 2) und die Höhe des Wohngeldes (§ 19) sind alle zwei Jahre zu überprüfen. Dabei ist der bundesdurchschnittlichen und regionalen Entwicklung der Wohnkosten sowie der Veränderung der Einkommensverhältnisse und der Lebenshaltungskosten Rechnung zu tragen. Die Bundesregierung berichtet dem Deutschen Bundestag über die Überprüfung nach den Sätzen 1 und 2, über die Durchführung dieses Gesetzes und über die Entwicklung der Mieten für Wohnraum alle zwei Jahre bis zum 30. Juni. Dabei fließen auch miet- und wohnungsmarktrelevante Daten der Länder ein. Der erste erweiterte Bericht erfolgt bis zum 30. Juni 2017.

(2) Die Bundesregierung berichtet dem Deutschen Bundestag über die Lage und Entwicklung der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in

Deutschland alle vier Jahre bis zum 30. Juni. Der nächste Bericht erfolgt bis zum 30. Juni 2017. Eine im gleichen Jahr vorzulegende Berichterstattung nach Absatz 1 ist jeweils zu integrieren.“

26. Nach § 42 wird folgender § 42a eingefügt:

„§ 42a

Übergangsregelung
aus Anlass des Gesetzes
zur Reform des Wohngeldrechts und
zur Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes

(1) Ist Wohngeld vor dem 1. Januar 2016 bewilligt worden und liegt mindestens ein Teil des Bewilligungszeitraums nach dem 31. Dezember 2015, so ist abweichend von § 41 Absatz 2 von Amts wegen über die Leistung des Wohngeldes für den Zeitraum vom 1. Januar 2016 bis zum Ende des bisherigen Bewilligungszeitraums neu zu entscheiden. Bei der Entscheidung nach Satz 1 sind die §§ 12 und 16 Satz 1 bis 4 und § 19 dieses Gesetzes sowie die Anlage zu § 1 Absatz 3 der Wohngeldverordnung in der ab dem 1. Januar 2016 geltenden Fassung anzuwenden, alle anderen Vorschriften in der bis zum 31. Dezember 2015 geltenden Fassung. Ergibt sich bei der Entscheidung nach Satz 1 kein höheres Wohngeld, verbleibt es bis zum Ende des bisherigen Bewilligungszeitraums bei dem bereits bewilligten Wohngeld. Ist bei der Entscheidung nach Satz 1 nicht berücksichtigt worden, dass sich die Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, die zu berücksichtigende Miete oder Belastung oder das Gesamteinkommen verändert hat oder das Wohngeld zweckwidrig verwendet wird, so ist abweichend von § 45 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch die Entscheidung nach Satz 1 nur rechtswidrig, wenn gleichzeitig die Voraussetzungen des § 27 oder § 28 Absatz 2 dieses Gesetzes vorliegen; im Übrigen bleibt § 45 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch unberührt. Wird die Entscheidung nach Satz 1 unter den Voraussetzungen des § 45 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch zurückgenommen, wird der bisherige

Bewilligungsbescheid wieder wirksam; die §§ 27 und 28 bleiben unberührt. Ist Wohngeld vor dem 1. Januar 2016 bewilligt worden und liegt mindestens ein Teil des Bewilligungszeitraums nach dem 31. Dezember 2015 und ist über einen Antrag nach § 27 Absatz 1 oder in einem Verfahren nach § 27 Absatz 2 neu zu entscheiden, so ist für die Zeit bis zum 31. Dezember 2015 nach dem bis dahin geltenden Recht, ab dem 1. Januar 2016 bis zum Ende des bisherigen Bewilligungszeitraums nach neuem Recht nach Maßgabe des Satzes 2 und danach vollständig nach neuem Recht zu entscheiden. Der Bewilligungsbescheid nach Satz 1 muss auf die besonderen Entscheidungsgrundlagen der Sätze 1 bis 5 hinweisen, insbesondere darauf, dass eine Entscheidung nach § 27 oder § 28 Absatz 2 dem Bewilligungsbescheid nach Satz 1 noch nachfolgen kann und bezogen auf den Zeitpunkt der Änderung, der auch vor dem 1. Januar 2016 liegen kann, das Wohngeld wegfallen oder sich verringern kann.

(2) Ist bis zum 31. Dezember 2015 über einen Wohngeldantrag nach § 22 noch nicht entschieden, so ist für die Zeit bis zum 31. Dezember 2015 nach dem bis dahin geltenden Recht und für die darauffolgende Zeit nach dem neuen Recht zu entscheiden. Ist in den Fällen des Satzes 1 das ab dem 1. Januar 2016 zu bewilligende Wohngeld geringer als das für Dezember 2015 zu bewilligende Wohngeld, verbleibt es auch für den Teil des Bewilligungszeitraums ab dem 1. Januar 2016 bei diesem Wohngeld. Ist über einen nach dem 31. Dezember 2015 gestellten Wohngeldantrag nach § 22 zu entscheiden und beginnt der Bewilligungszeitraum vor dem 1. Januar 2016, so sind die Sätze 1 und 2 entsprechend anzuwenden. § 24 Absatz 2 und § 27 bleiben unberührt.

(3) In Fällen des § 31 Absatz 1 Satz 1 des Unterhaltssicherungsgesetzes sind § 14 Absatz 2 Nummer 23 und § 20 Absatz 1 dieses Gesetzes in der bis zum 31. Oktober 2015 geltenden Fassung anzuwenden. Im Übrigen gelten die Absätze 1 und 2.“

27. Die Anlagen 1 und 2 werden wie folgt gefasst:

„Anlage 1
(zu § 19 Absatz 1)

Werte für „a“, „b“ und „c“

Die in die Formel nach § 19 Absatz 1 Satz 1 einzusetzenden, nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder unterschiedenen Werte „a“, „b“ und „c“ sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

	1 Haushalts- mitglied	2 Haushalts- mitglieder	3 Haushalts- mitglieder	4 Haushalts- mitglieder	5 Haushalts- mitglieder	6 Haushalts- mitglieder
a	4,000E-2	3,000E-2	2,000E-2	1,000E-2	0	– 1,000E-2
b	6,300E-4	4,400E-4	3,800E-4	3,400E-4	3,000E-4	2,800E-4
c	1,380E-4	1,030E-4	8,300E-5	4,300E-5	4,200E-5	3,600E-5

	7 Haushalts- mitglieder	8 Haushalts- mitglieder	9 Haushalts- mitglieder	10 Haushalts- mitglieder	11 Haushalts- mitglieder	12 Haushalts- mitglieder
a	– 2,000E-2	– 3,000E-2	– 4,000E-2	– 6,000E-2	– 1,000E-1	– 1,400E-1
b	2,600E-4	2,300E-4	2,000E-4	1,600E-4	1,200E-4	1,100E-4
c	3,700E-5	3,700E-5	3,900E-5	4,500E-5	5,300E-5	6,000E-5

Hierbei bedeuten: E-1 geteilt durch 10,
E-2 geteilt durch 100,
E-4 geteilt durch 10 000,
E-5 geteilt durch 100 000.

Anlage 2
(zu § 19 Absatz 2)

Rechenschritte und Rundungen

1. Werte für „M“ und „Y“, die unterhalb der folgenden Tabellenwerte liegen, werden durch diese ersetzt:

	1 Haushalts- mitglied	2 Haushalts- mitglieder	3 Haushalts- mitglieder	4 Haushalts- mitglieder	5 Haushalts- mitglieder	6 Haushalts- mitglieder
M	48	59	70	81	91	91
Y	239	310	360	389	463	537

	7 Haushalts- mitglieder	8 Haushalts- mitglieder	9 Haushalts- mitglieder	10 Haushalts- mitglieder	11 Haushalts- mitglieder	12 Haushalts- mitglieder
M	102	113	124	134	155	263
Y	610	684	758	832	1 085	1 255.

2. Das ungerundete monatliche Wohngeld ergibt sich durch Einsetzen der Werte für „a“, „b“, „c“ (Anlage 1) und für „M“ und „Y“ in die Formel nach § 19 Absatz 1 Satz 1 und durch Ausführen der vier folgenden Rechenschritte:

Berechnung der Dezimalzahlen

$$z1 = a + b \cdot M + c \cdot Y,$$

$$z2 = z1 \cdot Y,$$

$$z3 = M - z2,$$

$$z4 = 1,15 \cdot z3.$$

Hierbei sind die Dezimalzahlen als Festkommazahlen mit zehn Nachkommastellen zu berechnen.

3. Dieses ungerundete monatliche Wohngeld ist bis unter 0,50 Euro auf den nächsten vollen Euro-Betrag abzurunden sowie von 0,50 Euro an auf den nächsten vollen Euro-Betrag aufzurunden.“

Artikel 2

Änderung der Wohngeldverordnung

Die Wohngeldverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2722), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 11. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2654) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Die Angabe zu § 6 wird wie folgt gefasst:

„§ 6 Außer Betracht bleibende Kosten und Vergütungen“.

b) Die Angabe zur Anlage wird wie folgt gefasst:

„Anlage
(zu § 1 Absatz 3)

Mietenstufen der Gemeinden nach Ländern ab
1. Januar 2016“.

2. § 2 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Von der Miete sind keine anderen Beträge als die in § 9 Absatz 2 des Wohngeldgesetzes genannten Kosten und Vergütungen abzusetzen. § 5 bleibt unberührt.“

3. § 6 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird das Wort „Zuschläge“ gestrichen.

b) Die Absätze 1 und 2 werden wie folgt gefasst:

„(1) Kosten, die nach § 9 Absatz 2 Nummer 1 und 2 des Wohngeldgesetzes außer Betracht bleiben, sind:

1. Betriebskosten für Heizungs- und Brennstoffversorgungsanlagen sowie Warmwasserversorgungsanlagen im Sinne des § 2 Nummer 4 Buchstabe a, b und d, Nummer 5 Buchstabe a und c und Nummer 6 Buchstabe a und c der Betriebskostenverordnung;

2. Kosten der eigenständig gewerblichen Lieferung von Wärme und Warmwasser im Sinne des § 2 Nummer 4 Buchstabe c, Nummer 5 Buchstabe b und Nummer 6 Buchstabe b der Betriebskostenverordnung.

(2) Kommt nach § 9 Absatz 2 Satz 2 des Wohngeldgesetzes nur der Abzug eines Pauschbetrages von der Miete in Betracht, so beträgt dieser:

1. für Betriebskosten für zentrale Heizungs- und Brennstoffversorgungsanlagen oder für die Kosten der eigenständig gewerblichen Liefere-

rung von Wärme 1,25 Euro monatlich je Quadratmeter Wohnfläche;

2. für Betriebskosten für zentrale Warmwasserversorgungsanlagen oder für die Kosten der eigenständig gewerblichen Lieferung von Warmwasser für eine Bewohnerin oder einen Bewohner 9 Euro monatlich, für zwei Bewohnerinnen oder Bewohner 17 Euro monatlich und für jede weitere Bewohnerin oder jeden weiteren Bewohner 3 Euro monatlich;

3. für die übrigen Kosten der Haushaltsenergie für eine Bewohnerin oder einen Bewohner 41 Euro monatlich, für zwei Bewohnerinnen oder Bewohner 74 Euro monatlich und für jede weitere Bewohnerin oder jeden weiteren Bewohner 15 Euro monatlich;

4. für die Überlassung einer Garage 36 Euro monatlich; für die Überlassung eines Stellplatzes zum Abstellen von Kraftfahrzeugen 25 Euro monatlich.“

4. In § 13 Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „20“ durch die Angabe „36“ ersetzt.

5. § 15 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Die Nummern 1 und 2 werden wie folgt gefasst:

„1. zur Deckung der Betriebskosten für Heizungs- und Brennstoffversorgungsanlagen sowie Warmwasserversorgungsanlagen und

2. zur Deckung der Kosten der eigenständig gewerblichen Lieferung von Wärme und Warmwasser, soweit sie den in Nummer 1 bezeichneten Kosten entsprechen,“.

bb) Nummer 3 wird aufgehoben.

b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Ist eine Garage oder ein Stellplatz zum Abstellen von Kraftfahrzeugen Gegenstand der Wohngeld-Lastenberechnung, gilt hinsichtlich der außer Betracht bleibenden Belastung § 6 Absatz 2 Nummer 4 entsprechend. Ist die Garage oder der Stellplatz einem anderen gegen ein höheres Entgelt überlassen als zu den in § 6 Absatz 2 Nummer 4 genannten Beträgen, so ist das Entgelt in voller Höhe abzusetzen.“

6. In § 17 Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter „im Fall des Absatzes 2 Satz 3 über die zentrale Landesstelle,“ gestrichen.

7. Die Anlage wird wie folgt gefasst:

„Anlage
(zu § 1 Absatz 3)

Mietenstufen der Gemeinden nach Ländern ab 1. Januar 2016

Soweit die zu einem Kreis gehörenden Gemeinden in den Tabellen nicht gesondert aufgeführt sind, gilt die Mietenstufe des Kreises für diese Gemeinden.

Zu Grunde liegen Daten der Wohngeldstatistik zum 31. Dezember 2013 einschließlich der bis zum 31. März 2014 erfolgten rückwirkenden Bewilligungen.

Relevanter Gebietsstand ist der 1. Januar 2014; der für die 10 000-Einwohner-Schwelle relevante Stichtag der Bevölkerung ist der 31. Dezember 2013.

Land: Baden-Württemberg

Gemeinde	Mietenstufe
Aalen, Stadt	III
Achern, Stadt	II
Albstadt, Stadt	II
Altensteig, Stadt	II
Ammerbuch	IV
Asperg, Stadt	V
Backnang, Stadt	IV
Bad Dürkheim, Stadt	IV
Bad Friedrichshall, Stadt	III
Bad Krozingen, Stadt	V
Bad Mergentheim, Stadt	II
Bad Rappenau, Stadt	III
Bad Säckingen, Stadt	IV
Bad Schönborn	III
Bad Urach, Stadt	III
Bad Waldsee, Stadt	III
Bad Wurzach, Stadt	II
Baden-Baden, Stadt	IV
Baiersbronn	II
Balingen, Stadt	III
Besigheim, Stadt	IV
Biberach an der Riß, Stadt	III
Bietigheim-Bissingen, Stadt	V
Birkenfeld	III
Blaubeuren, Stadt	II
Blaustein, Stadt	IV
Böblingen, Stadt	V
Bopfingen, Stadt	II
Brackenheim, Stadt	III
Breisach am Rhein, Stadt	IV
Bretten, Stadt	III

Gemeinde	Mietenstufe
Bretzfeld	III
Bruchsal, Stadt	IV
Brühl	IV
Buchen (Odenwald), Stadt	II
Bühl, Stadt	III
Burladingen, Stadt	II
Calw, Stadt	III
Crailsheim, Stadt	II
Denkendorf	IV
Denzlingen	V
Ditzingen, Stadt	V
Donaueschingen, Stadt	II
Donzdorf, Stadt	III
Dossenheim	V
Durmersheim	III
Eberbach, Stadt	II
Ebersbach an der Fils, Stadt	III
Edingen-Neckarhausen	IV
Eggenstein-Leopoldshafen	IV
Ehingen (Donau), Stadt	III
Eislingen/Fils, Stadt	III
Ellwangen (Jagst), Stadt	III
Emmendingen, Stadt	IV
Engen, Stadt	III
Eningen unter Achalm	III
Eppelheim, Stadt	VI
Eppingen, Stadt	II
Erbach	III
Esslingen am Neckar, Stadt	V
Ettenheim, Stadt	II
Ettlingen, Stadt	IV
Fellbach, Stadt	VI
Filderstadt, Stadt	VI
Freiberg am Neckar, Stadt	V
Freiburg im Breisgau, Universitätsstadt	VI
Freudenstadt, Stadt	III
Friedrichshafen, Stadt	V
Friesenheim	II
Gärtringen	V
Gaggenau, Stadt	III
Gaildorf, Stadt	III
Geislingen an der Steige, Stadt	II
Gengenbach, Stadt	III
Gerlingen, Stadt	V

Gemeinde	Mietenstufe
Gernsbach, Stadt	III
Gerstetten	II
Giengen an der Brenz, Stadt	II
Göppingen, Stadt	III
Gottmadingen	III
Graben-Neudorf	III
Grenzach-Wyhlen	IV
Gundelfingen	V
Haigerloch, Stadt	I
Hechingen, Stadt	IV
Heddesheim	IV
Heidelberg, Stadt	V
Heidenheim an der Brenz, Stadt	III
Heilbronn, Stadt	IV
Hemsbach, Stadt	IV
Herbolzheim, Stadt	III
Herbrechtingen, Stadt	II
Herrenberg, Stadt	V
Hockenheim, Stadt	IV
Holzgerlingen, Stadt	VI
Horb am Neckar, Stadt	III
Isny im Allgäu, Stadt	III
Karlsbad	III
Karlsdorf-Neuthard	III
Karlsruhe, Stadt	IV
Kehl, Stadt	III
Kernen im Remstal	IV
Ketsch	III
Kirchheim unter Teck, Stadt	V
Konstanz, Universitätsstadt	VI
Korb	IV
Korntal-Münchingen, Stadt	VI
Kornwestheim, Stadt	V
Kraichtal, Stadt	II
Künzelsau, Stadt	II
Ladenburg, Stadt	IV
Lahr/Schwarzwald, Stadt	III
Laichingen, Stadt	II
Langenau, Stadt	III
Lauda-Königshofen, Stadt	I
Lauffen am Neckar, Stadt	III
Laupheim, Stadt	III
Leimen, Stadt	V
Leinfelden-Echterdingen, Stadt	VI

Gemeinde	Mietenstufe
Leingarten	IV
Leonberg, Stadt	VI
Leutenbach	IV
Leutkirch im Allgäu, Stadt	II
Linkenheim-Hochstetten	III
Lorch, Stadt	III
Lörrach, Stadt	IV
Ludwigsburg, Stadt	V
Malsch	III
Mannheim, Universitätsstadt	V
Marbach am Neckar, Stadt	IV
Markdorf, Stadt	IV
Markgröningen, Stadt	V
Meckenbeuren	IV
Metzingen, Stadt	III
Möglingen	V
Mössingen, Stadt	IV
Mosbach, Stadt	III
Mühlacker, Stadt	III
Müllheim, Stadt	IV
Münsingen, Stadt	II
Murrhardt, Stadt	II
Nagold, Stadt	IV
Neckargemünd, Stadt	V
Neckarsulm, Stadt	IV
Neuenburg am Rhein, Stadt	IV
Neuhausen auf den Fildern	IV
Niefern-Öschelbronn	IV
Nürtingen, Stadt	IV
Nußloch	V
Oberderdingen	II
Oberkirch, Stadt	II
Oberndorf am Neckar, Stadt	II
Obersulm	III
Öhringen, Stadt	IV
Östringen, Stadt	II
Offenburg, Stadt	III
Oftersheim	IV
Ostfildern, Stadt	V
Pfinztal	III
Pforzheim, Stadt	IV
Pfullendorf, Stadt	II
Pfullingen, Stadt	IV
Philippsburg, Stadt	III

Gemeinde	Mietenstufe
Plankstadt	III
Plochingen, Stadt	V
Radolfzell am Bodensee, Stadt	IV
Rastatt, Stadt	III
Ravensburg, Stadt	V
Remchingen	III
Remseck am Neckar	V
Remshalden	IV
Renningen, Stadt	V
Reutlingen, Stadt	IV
Rheinau, Stadt	I
Rheinfelden (Baden), Stadt	IV
Rheinstetten	IV
Riedlingen, Stadt	I
Rielasingen-Worblingen	IV
Rottenburg am Neckar, Stadt	IV
Rottweil, Stadt	III
Rudersberg	II
Rutesheim, Stadt	V
Sachsenheim, Stadt	IV
Salem	III
Sandhausen	V
St. Georgen i. Schwarzwald, Stadt	II
Sankt Leon-Rot	III
(Bad) Saulgau, Stadt	II
Schopfheim, Stadt	III
Schorndorf, Stadt	IV
Schramberg, Stadt	II
Schriesheim, Stadt	IV
Schwäbisch Gmünd, Stadt	III
Schwäbisch Hall, Stadt	II
Schwaigern, Stadt	II
Schwetzingen, Stadt	V
Schwieberdingen	IV
Sigmaringen, Stadt	II
Sindelfingen, Stadt	V
Singen (Hohentwiel), Stadt	IV
Sinsheim, Stadt	III
Sinzheim	II
Spaichingen, Stadt	III
Steinheim an der Murr, Stadt	IV
Stockach, Stadt	III
Straubenhardt	II
Stutensee, Stadt	III

Gemeinde	Mietenstufe
Stuttgart, Landeshauptstadt	VI
Sulz am Neckar, Stadt	II
Tamm	V
Tauberbischofsheim, Stadt	II
Teningen	III
Tettnang, Stadt	IV
Titisee-Neustadt, Stadt	II
Trossingen, Stadt	III
Tübingen, Universitätsstadt	VI
Tuttlingen, Stadt	III
Ubstadt-Weiher	II
Überlingen, Stadt	IV
Uhingen, Stadt	III
Ulm, Universitätsstadt	IV
Vaihingen an der Enz, Stadt	III
Villingen-Schwenningen, Stadt	III
Waghäusel, Stadt	III
Waiblingen, Stadt	V
Waldbronn	IV
Waldkirch, Stadt	III
Waldshut-Tiengen, Stadt	III
Walldorf, Stadt	V
Walldürn, Stadt	I
Wangen im Allgäu, Stadt	III
Wehr, Stadt	III
Weil am Rhein, Stadt	IV
Weil der Stadt, Stadt	IV
Weingarten (Baden)	III
Weingarten, Stadt	V
Weinheim, Stadt	IV
Weinsberg, Stadt	III
Weinstadt, Stadt	IV
Welzheim, Stadt	III
Wendlingen am Neckar, Stadt	IV
Wernau (Neckar), Stadt	IV
Wertheim, Stadt	II
Wiesloch, Stadt	IV
Winnenden, Stadt	V
Kreis	Mietenstufe
Alb-Donau-Kreis	II
Biberach	I
Bodenseekreis	IV
Böblingen	IV
Breisgau-Hochschwarzwald	III

Kreis	Mietenstufe
Calw	III
Emmendingen	III
Enzkreis	III
Esslingen	IV
Freudenstadt	II
Göppingen	II
Heidenheim	II
Heilbronn	II
Hohenlohekreis	I
Karlsruhe	III
Konstanz	III
Lörrach	III
Ludwigsburg	IV
Main-Tauber-Kreis	I
Neckar-Odenwald-Kreis	I
Ortenaukreis	II
Ostalbkreis	II
Rastatt	II
Ravensburg	II
Rems-Murr-Kreis	III
Reutlingen	II
Rhein-Neckar-Kreis	III
Rottweil	I
Schwäbisch-Hall	I
Schwarzwald-Baar-Kreis	II
Sigmaringen	I
Tübingen	IV
Tuttlingen	II
Waldshut	II
Zollernalbkreis	I

Land: Bayern

Gemeinde	Mietenstufe
Abensberg, Stadt	II
Aichach, Stadt	III
Altdorf, Markt	II
Altdorf bei Nürnberg, Stadt	III
Altötting, Stadt	II
Alzenau i. Unterfranken, Stadt	III
Amberg, Stadt	II
Ansbach, Stadt	II
Aschaffenburg, Stadt	IV
Augsburg, Stadt	IV
Bad Abbach, Markt	III
Bad Aibling, Stadt	IV

Gemeinde	Mietenstufe
Bad Kissingen, Stadt	II
Bad Neustadt a. d. Saale, Stadt	I
Bad Reichenhall, Stadt	IV
Bad Staffelstein, Stadt	I
Bad Tölz, Stadt	V
Bad Windsheim, Stadt	II
Bad Wörishofen, Stadt	II
Bamberg, Stadt	III
Bayreuth, Stadt	III
Bobingen, Stadt	III
Bruckmühl, Markt	IV
Buchloe, Stadt	II
Burghausen, Stadt	III
Burgkirchen a. d. Alz	I
Burglengenfeld, Stadt	I
Burgthann	II
Cadolzburg, Markt	II
Cham, Stadt	I
Coburg, Stadt	II
Dachau, Stadt	VI
Deggendorf, Stadt	II
Dießen a. Ammersee, Markt	IV
Dillingen a. d. Donau, Stadt	II
Dingolfing, Stadt	II
Dinkelsbühl, Stadt	I
Donauwörth, Stadt	I
Dorfen, Stadt	IV
Ebersberg, Stadt	VI
Eching	VI
Eckental, Markt	III
Eggenfelden, Stadt	I
Eichenau	VI
Eichstätt, Stadt	I
Erding, Stadt	VI
Ergolding, Markt	II
Erlangen, Stadt	IV
Essenbach, Markt	I
Feldkirchen-Westerham	V
Feucht, Markt	IV
Feuchtwangen, Stadt	II
Forchheim, Stadt	III
Freilassing, Stadt	IV
Freising, Stadt	VI
Friedberg, Stadt	III

Gemeinde	Mietenstufe
Fürstenfeldbruck, Stadt	VI
Fürth, Stadt	III
Füssen, Stadt	III
Gaimersheim, Markt	III
Garching bei München, Stadt	VI
Garmisch-Partenkirchen, Markt	V
Gauting	VI
Geisenfeld, Stadt	II
Gemünden am Main, Stadt	I
Geretsried, Stadt	IV
Germering, Stadt	VI
Gersthofen, Stadt	III
Gilching	VI
Gräfelfing	VI
Grafring bei München, Stadt	V
Gröbenzell	VI
Großostheim, Markt	III
Grünwald	VI
Günzburg, Stadt	II
Gunzenhausen, Stadt	I
Haar	VI
Hallbergmoos	VI
Hammelburg, Stadt	I
Haßfurt, Stadt	II
Hauzenberg, Stadt	I
Herrsching a. Ammersee	V
Hersbruck, Stadt	III
Herzogenaurach, Stadt	III
Hilpoltstein, Stadt	I
Hirschaid, Markt	II
Höchstädt a. d. Aisch, Stadt	I
Höhenkirchen-Siegertsbrunn	VI
Hösbach, Markt	II
Hof, Stadt	I
Holzkirchen, Markt	V
Illertissen, Stadt	II
Immenstadt i. Allgäu, Stadt	III
Ingolstadt, Stadt	III
Ismaning	VI
Karlsfeld	VI
Karlstadt, Stadt	I
Kaufbeuren, Stadt	II
Kaufering, Markt	IV
Kelheim, Stadt	II

Gemeinde	Mietenstufe
Kempten (Allgäu), Stadt	III
Kirchheim bei München	VI
Kirchseeon, Markt	V
Kissing	IV
Kitzingen, Stadt	II
Königsbrunn, Stadt	IV
Kolbermoor, Stadt	V
Kronach, Stadt	I
Krumbach (Schwaben), Stadt	II
Kulmbach, Stadt	I
Landau an der Isar, Stadt	I
Landsberg a. Lech, Stadt	IV
Landshut, Stadt	III
Langenzenn, Stadt	II
Lappersdorf, Markt	III
Lauf a. d. Pegnitz, Stadt	IV
Lauingen (Donau), Stadt	I
Lichtenfels, Stadt	I
Lindau (Bodensee), Stadt	IV
Lindenberg i. Allgäu, Stadt	III
Lohr am Main, Stadt	II
Mainburg, Stadt	II
Maisach	VI
Manching, Markt	III
Markt Schwaben, Markt	VI
Marktheidenfeld, Stadt	II
Marktoberdorf, Stadt	II
Marktreidwitz, Stadt	I
Maxhütte-Haidhof, Stadt	II
Meitingen, Markt	II
Memmingen, Stadt	II
Mering, Markt	IV
Miesbach, Stadt	V
Mindelheim, Stadt	II
Mömbis, Markt	I
Moosburg an der Isar, Stadt	V
Mühldorf am Inn, Stadt	II
Münchberg, Stadt	I
München, Stadt	VI
Murnau am Staffelsee, Markt	VI
Neubiberg	VI
Neuburg an der Donau, Stadt	III
Neufahrn bei Freising	VI
Neumarkt i. d. Oberpfalz, Stadt	III

Gemeinde	Mietenstufe
Neusäß, Stadt	IV
Neustadt an der Aisch, Stadt	II
Neustadt an der Donau, Stadt	III
Neustadt bei Coburg, Stadt	I
Neutraubling, Stadt	III
Neu-Ulm, Stadt	IV
Nördlingen, Stadt	II
Nürnberg, Stadt	IV
Oberasbach, Stadt	III
Oberhaching	VI
Oberschleißheim	VI
Ochsenfurt, Stadt	I
Olching, Stadt	VI
Osterhofen, Stadt	I
Ottobrunn	VI
Passau, Stadt	II
Pegnitz, Stadt	II
Peißenberg, Markt	IV
Peiting, Markt	II
Penzberg, Stadt	V
Pfaffenhofen a. d. Ilm, Stadt	IV
Pfarrkirchen, Stadt	I
Planegg	VI
Plattling, Stadt	II
Pocking, Stadt	II
Poing	VI
Prien am Chiemsee, Markt	V
Puchheim, Stadt	VI
Raubling	IV
Regen, Stadt	I
Regensburg, Stadt	V
Regenstauf, Markt	II
Roding, Stadt	I
Rödental, Stadt	I
Röthenbach a. d. Pegnitz, Stadt	III
Rosenheim, Stadt	V
Roth, Stadt	II
Rothenburg ob der Tauber, Stadt	II
Schongau, Stadt	III
Schrobenhausen, Stadt	I
Schwabach, Stadt	III
Schwabmünchen, Stadt	II
Schwandorf, Stadt	I
Schweinfurt, Stadt	II

Gemeinde	Mietenstufe
Selb, Stadt	I
Senden, Stadt	IV
Sonthofen, Stadt	III
Stadtbergen, Stadt	IV
Starnberg, Stadt	VI
Stein, Stadt	IV
Stephanskirchen	IV
Straubing, Stadt	II
Sulzbach-Rosenberg, Stadt	I
Taufkirchen	III
Traunreut, Stadt	III
Traunstein, Stadt	III
Treuchtlingen, Stadt	I
Trostberg, Stadt	II
Unterföhring	VI
Unterhaching	VI
Unterschleißheim, Stadt	VI
Vaterstetten	VI
Vilsbiburg, Stadt	I
Vilshofen a. d. Donau, Stadt	I
Vöhringen, Stadt	III
Waldkirchen, Stadt	I
Waldkraiburg, Stadt	II
Wasserburg am Inn, Stadt	IV
Weiden i. d. Oberpfalz, Stadt	I
Weilheim i. Oberbayern, Stadt	IV
Weißenburg i. Bayern, Stadt	I
Weißenhorn, Stadt	III
Wendelstein, Markt	IV
Werneck, Markt	I
Wolfratshausen, Stadt	V
Wolnzach, Markt	II
Würzburg, Stadt	IV
Zirndorf, Stadt	II
Kreis	Mietenstufe
Aichach-Friedberg	I
Altötting	I
Amberg-Sulzbach	I
Ansbach	I
Aschaffenburg	II
Augsburg	II
Bad Kissingen	I
Bad Tölz-Wolfratshausen	IV
Bamberg	I

Kreis	Mietenstufe
Bayreuth	I
Berchtesgadener Land	III
Cham	I
Coburg	I
Dachau	V
Deggendorf	I
Dillingen a. d. Donau	I
Dingolfing-Landau	I
Donau-Ries	I
Ebersberg	VI
Eichstätt	I
Erding	IV
Erlangen-Höchstadt	III
Forchheim	I
Freising	IV
Freyung-Grafenau	I
Fürth	III
Fürstenfeldbruck	V
Garmisch-Partenkirchen	V
Günzburg	I
Haßberge	I
Hof	I
Kelheim	I
Kitzingen	I
Kronach	I
Kulmbach	I
Landsberg a. Lech	III
Landshut	I
Lichtenfels	I
Lindau (Bodensee)	I
Main-Spessart	I
Miesbach	IV
Miltenberg	II
Mühldorf a. Inn	II
München	VI
Neuburg-Schrobenhausen	I
Neumarkt i. d. Oberpfalz	I
Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim	I
Neustadt a. d. Waldnaab	I
Neu-Ulm	II
Nürnberger Land	II
Oberallgäu	II
Ostallgäu	II
Passau	I

Kreis	Mietenstufe
Pfaffenhofen a. d. Ilm	III
Regen	I
Regensburg	II
Rhön-Grabfeld	I
Rosenheim	IV
Roth	II
Rottal-Inn	I
Schwandorf	I
Schweinfurt	I
Starnberg	VI
Straubing-Bogen	I
Tirschenreuth	I
Traunstein	II
Unterallgäu	I
Weilheim-Schongau	III
Weißenburg-Gunzenhausen	I
Würzburg	II
Wunsiedel im Fichtelgebirge	I

Land: Berlin

Gemeinde	Mietenstufe
Berlin, Stadt	IV

Land: Brandenburg

Gemeinde	Mietenstufe
Ahrensfelde	IV
Angermünde, Stadt	II
Bad Belzig	III
Bad Freienwalde (Oder), Stadt	II
Beelitz, Stadt	II
Bernau bei Berlin, Stadt	III
Blankenfelde-Mahlow	IV
Brandenburg a. d. Havel, Stadt	II
Brieselang	III
Cottbus, Stadt	II
Eberswalde, Stadt	III
Eisenhüttenstadt, Stadt	III
Erkner, Stadt	III
Falkensee, Stadt	V
Finsterwalde, Stadt	II
Forst (Lausitz), Stadt	II
Frankfurt (Oder), Stadt	III
Fredersdorf-Vogelsdorf	IV
Fürstenwalde/Spree, Stadt	II
Gliencke/Nordbahn	V

Gemeinde	Mietenstufe
Guben, Stadt	II
Hennigsdorf, Stadt	III
Hohen Neuendorf	IV
Hoppegarten	V
Jüterbog, Stadt	I
Kleinmachnow	V
Kloster Lehnin	II
Königs Wusterhausen, Stadt	III
Lauchhammer, Stadt	II
Lübben/Spreewald, Stadt	III
Lübbenau/Spreewald, Stadt	II
Luckenwalde, Stadt	II
Ludwigsfelde, Stadt	III
Michendorf	V
Mühlenbecker Land	III
Nauen, Stadt	II
Neuenhagen bei Berlin	IV
Neuruppin, Fontanestadt	II
Oberkrämer	II
Oranienburg, Stadt	III
Panketal	IV
Perleberg, Stadt	I
Petershagen/Eggersdorf	III
Potsdam, Stadt	IV
Prenzlau, Stadt	III
Pritzwalk, Stadt	I
Rangsdorf	IV
Rathenow, Stadt	II
Rüdersdorf bei Berlin	II
Schönefeld	IV
Schöneiche bei Berlin	IV
Schwedt/Oder, Stadt	II
Schwielowsee	IV
Senftenberg, Stadt	III
Spremberg, Stadt	II
Stahnsdorf	IV
Strausberg, Stadt	III
Teltow, Stadt	IV
Templin, Stadt	II
Velten, Stadt	III
Wandlitz	II
Werder (Havel), Stadt	IV
Wittenberge, Stadt	II
Wittstock/Dosse, Stadt	I

Gemeinde	Mietenstufe
Zehdenick, Stadt	I
Zeuthen	II
Zossen	II

Kreis	Mietenstufe
Barnim	II
Dahme-Spreewald	II
Elbe-Elster	I
Havelland	II
Märkisch-Oderland	I
Oberhavel	II
Oberspreewald-Lausitz	II
Oder-Spree	II
Ostprignitz-Ruppin	II
Potsdam-Mittelmark	II
Prignitz	I
Spree-Neiße	I
Teltow-Fläming	II
Uckermark	I

Land: Bremen

Gemeinde	Mietenstufe
Bremen, Stadt	IV
Bremerhaven	III

Land: Hamburg

Gemeinde	Mietenstufe
Hamburg, Freie und Hansestadt	VI

Land: Hessen

Gemeinde	Mietenstufe
Alsfeld, Stadt	II
Altenstadt	III
Aßlar, Stadt	III
Babenhäusen, Stadt	III
Bad Arolsen, Stadt	I
Bad Camberg, Stadt	III
Bad Hersfeld, Kreisstadt	II
Bad Homburg v. d. Höhe, Stadt	VI
Bad Nauheim, Stadt	IV
Bad Schwalbach, Kreisstadt	IV
Bad Soden am Taunus, Stadt	V
Bad Soden-Salmünster, Stadt	II
Bad Vilbel, Stadt	V
Bad Wildungen, Stadt	II
Baunatal, Stadt	II
Bebra, Stadt	I

Gemeinde	Mietenstufe
Bensheim, Stadt	IV
Biedenkopf, Stadt	I
Birkenau	II
Bischofsheim	IV
Borken (Hessen), Stadt	I
Braunfels, Stadt	II
Bruchköbel, Stadt	IV
Büdingen, Stadt	II
Bürstadt, Stadt	III
Büttelborn	V
Buseck	II
Butzbach, Friedrich-Ludwig-Weidig-Stadt	II
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	VI
Dautphetal	I
Dieburg, Stadt	IV
Dietzenbach, Kreisstadt	V
Dillenburg, Stadt	II
Dreieich, Stadt	V
Egelsbach	V
Eichenzell	I
Eltville am Rhein, Stadt	V
Eppstein, Stadt	VI
Erbach, Kreisstadt	III
Erlensee	IV
Eschborn, Stadt	V
Eschenburg	I
Eschwege, Kreisstadt	I
Felsberg, Stadt	I
Flörsheim am Main, Stadt	IV
Frankenberg (Eder), Stadt	I
Frankfurt am Main, Stadt	VI
Freigericht	III
Friedberg (Hessen), Kreisstadt	IV
Friedrichsdorf, Stadt	VI
Fritzlar, Dom- und Kaiserstadt	I
Fürth	III
Fulda, Stadt	II
Fuldata	II
Geisenheim, Stadt	III
Gelnhausen, Barbarossastadt	III
Gießen, Universitätsstadt	IV
Ginsheim-Gustavsburg, Stadt	IV
Gladenbach, Stadt	II
Griesheim, Stadt	V

Gemeinde	Mietenstufe
Groß-Gerau, Stadt	V
Groß-Umstadt, Stadt	III
Groß-Zimmern	V
Grünberg, Stadt	II
Gründau	III
Hadamar, Stadt	II
Haiger, Stadt	II
Hainburg	IV
Hanau, Brüder-Grimm-Stadt	IV
Hattersheim am Main, Stadt	VI
Heppenheim (Bergstraße), Kreisstadt	V
Herborn, Stadt	III
Hessisch Lichtenau, Stadt	I
Heusenstamm, Stadt	VI
Hochheim am Main, Stadt	V
Höchst i. Odenwald	III
Hofgeismar, Stadt	II
Hofheim am Taunus, Kreisstadt	V
Homburg (Efze), Kreisstadt	I
Hünfeld, Konrad-Zuse-Stadt	I
Hünstetten	II
Hüttenberg	II
Hungen, Stadt	II
Idstein, Stadt	III
Karben, Stadt	V
Kassel, documenta-Stadt	III
Kaufungen	II
Kelkheim (Taunus), Stadt	VI
Kelsterbach, Stadt	IV
Kirchhain, Stadt	II
Königstein im Taunus, Stadt	VI
Korbach, Kreisstadt	II
Kriftel	VI
Kronberg im Taunus, Stadt	V
Künzell	I
Lampertheim, Stadt	III
Langen (Hessen), Stadt	V
Langenselbold, Stadt	III
Langgöns	III
Lauterbach (Hessen), Kreisstadt	II
Lich, Stadt	II
Limburg an der Lahn, Kreisstadt	II
Linden, Stadt	III
Lohfelden	II

Gemeinde	Mietenstufe
Lorsch, Karolingerstadt	III
Maintal, Stadt	V
Marburg, Universitätsstadt	V
Melsungen, Stadt	I
Michelstadt, Stadt	IV
Mörfelden-Walldorf, Stadt	V
Mühlheim am Main, Stadt	V
Mühltal	V
Münster	IV
Nauheim	IV
Neu-Anspach, Stadt	IV
Neuhof	I
Neu-Isenburg, Stadt	VI
Nidda, Stadt	I
Nidderau, Stadt	III
Niedernhausen	V
Niestetal	III
Ober-Ramstadt, Stadt	V
Obertshausen, Stadt	V
Oberursel (Taunus), Stadt	VI
Oestrich-Winkel, Stadt	V
Offenbach am Main, Stadt	VI
Petersberg	II
Pfungstadt, Stadt	V
Pohlheim, Stadt	II
Raunheim, Stadt	V
Reinheim, Stadt	IV
Reiskirchen	III
Riedstadt, Stadt	IV
Rodenbach	IV
Rodgau, Stadt	V
Rödermark, Stadt	V
Rosbach v. d. Höhe, Stadt	IV
Roßdorf	IV
Rotenburg a. d. Fulda, Stadt	I
Rüsselsheim, Stadt	VI
Schlüchtern, Stadt	II
Schöneck	IV
Schotten, Stadt	I
Schwalbach am Taunus, Stadt	V
Schwalmstadt, Stadt	I
Seeheim-Jugenheim	V
Seligenstadt, Stadt	IV
Solms, Stadt	II

Gemeinde	Mietenstufe
Stadtallendorf, Stadt	II
Steinau an der Straße, Brüder-Grimm-Stadt	II
Steinbach (Taunus), Stadt	V
Taunusstein, Stadt	IV
Trebur	V
Usingen, Stadt	IV
Vellmar, Stadt	II
Viernheim, Stadt	IV
Wächtersbach, Stadt	III
Wald-Michelbach	II
Weilburg, Stadt	II
Weierstadt, Stadt	V
Wettenberg	III
Wetzlar, Stadt	III
Wiesbaden, Landeshauptstadt	VI
Witzenhausen, Stadt	I
Wolfhagen, Stadt	I

Kreis	Mietenstufe
Bergstraße	II
Darmstadt-Dieburg	IV
Fulda	I
Gießen	II
Groß-Gerau	IV
Hersfeld-Rotenburg	I
Hochtaunuskreis	IV
Kassel	I
Lahn-Dill-Kreis	I
Limburg-Weilburg	II
Main-Kinzig-Kreis	III
Main-Taunus-Kreis	VI
Marburg-Biedenkopf	I
Odenwaldkreis	II
Offenbach	III
Rheingau-Taunus-Kreis	III
Schwalm-Eder-Kreis	I
Vogelsbergkreis	I
Waldeck-Frankenberg	I
Werra-Meißner-Kreis	I
Wetteraukreis	II

Land: Mecklenburg-Vorpommern

Gemeinde	Mietenstufe
Anklam, Stadt	II
Bad Doberan, Stadt	IV

Gemeinde	Mietenstufe
Bergen auf Rügen, Stadt	III
Boizenburg/Elbe, Stadt	III
Demmin, Hansestadt	II
Greifswald, Hansestadt	IV
Grevesmühlen, Stadt	III
Güstrow, Stadt	II
Hagenow, Stadt	II
Ludwigslust, Stadt	II
Neubrandenburg, Stadt	III
Neustrelitz, Stadt	II
Parchim, Stadt	II
Pasewalk, Stadt	I
Ribnitz-Damgarten, Stadt	II
Rostock, Hansestadt	IV
Schwerin, Landeshauptstadt	III
Stralsund, Hansestadt	III
Waren (Müritz), Stadt	III
Wismar, Hansestadt	III
Wolgast, Stadt	III

Kreis	Mietenstufe
Rostock	II
Ludwigslust-Parchim	II
Mecklenburgische Seenplatte	II
Nordwestmecklenburg	II
Vorpommern-Greifswald	II
Vorpommern-Rügen	III

Land: Niedersachsen

Gemeinde	Mietenstufe
Achim, Stadt	III
Adendorf	III
Aerzen, Flecken	I
Alfeld (Leine), Stadt	II
Apen	I
Aurich, Stadt	II
Bad Bentheim, Stadt	II
Bad Essen	I
Bad Fallingb., Stadt	II
Bad Harzburg, Stadt	II
Bad Iburg, Stadt	II
Bad Lauterberg im Harz, Stadt	I
Bad Münder am Deister, Stadt	II
Bad Nenndorf, Stadt	III
Bad Pyrmont, Stadt	I

Gemeinde	Mietenstufe
Bad Salzdetfurth, Stadt	II
Bad Zwischenahn	II
Barsinghausen, Stadt	II
Barßel	I
Bassum, Stadt	II
Belm	II
Bergen, Stadt	I
Beverstedt	I
Bissendorf	I
Bohmte	I
Bovenden, Flecken	II
Brake (Unterweser), Stadt	II
Bramsche, Stadt	I
Braunschweig, Stadt	IV
Bremervörde, Stadt	II
Buchholz i. d. Nordheide, Stadt	VI
Bückeburg, Stadt	II
Burgdorf, Stadt	III
Burgwedel, Stadt	IV
Buxtehude, Hansestadt	V
Celle, Stadt	III
Clausthal-Zellerfeld, Berg- und Universitätsstadt	I
Cloppenburg, Stadt	II
Cremlingen	II
Cuxhaven, Stadt	III
Damme, Stadt	I
Delmenhorst, Stadt	III
Diepholz, Stadt	I
Dinklage, Stadt	I
Drochtersen	II
Duderstadt, Stadt	I
Edemissen	II
Edewecht	II
Einbeck, Stadt	I
Emden, Stadt	II
Emstek	I
Friedeburg	I
Friesoythe, Stadt	I
Ganderkesee	III
Garbsen, Stadt	III
Garrel	I
Geeste	I
Gehrden, Stadt	IV
Georgsmarienhütte, Stadt	II

Gemeinde	Mietenstufe
Gifhorn, Stadt	III
Goslar, Stadt	II
Göttingen, Stadt	IV
Großefehn	I
Großenkneten	II
Hagen im Bremischen	I
Hagen am Teutoburger Wald	II
Hambühren	II
Hameln, Stadt	II
Hannoversch Münden, Stadt	I
Hannover, Stadt	IV
Haren (Ems), Stadt	I
Harsefeld, Flecken	III
Harsum	II
Hasbergen	II
Haselünne, Stadt	I
Hatten	I
Helmstedt, Stadt	II
Hemmingen, Stadt	IV
Herzberg am Harz, Stadt	I
Hessisch Oldendorf, Stadt	I
Hildesheim, Stadt	III
Hilter am Teutoburger Wald	I
Holzminden, Stadt	I
Hude (Oldenburg)	II
Ihlow	I
Ilse	III
Isernhagen	IV
Jever, Stadt	II
Jork	IV
Kirchlinteln	I
Königslutter am Elm, Stadt	II
Krummhörn	I
Laatzen, Stadt	IV
Langelsheim, Stadt	I
Langen, Stadt	II
Langenhagen, Stadt	IV
Langwedel, Flecken	II
Leer (Ostfriesland), Stadt	II
Lehre	II
Lehrte, Stadt	III
Lengede	II
Lilienthal	III
Lingen (Ems), Stadt	I

Gemeinde	Mietenstufe
Lohne (Oldenburg), Stadt	II
Löningen, Stadt	I
Loxstedt	II
Lüneburg, Hansestadt	V
Melle, Stadt	I
Meppen, Stadt	I
Moormerland	I
Munster, Stadt	II
Neu Wulmstorf	V
Neustadt am Rübenberge, Stadt	II
Nienburg (Weser), Stadt	II
Norden, Stadt	II
Nordenham, Stadt	II
Nordhorn, Stadt	II
Nordstemmen	II
Northeim, Stadt	II
Oldenburg (Oldenburg), Stadt	IV
Osnabrück, Stadt	III
Osterholz-Scharmbeck, Stadt	II
Osterode am Harz, Stadt	I
Ostrhauderfehn	I
Ottersberg, Flecken	II
Oyten	III
Papenburg, Stadt	I
Pattensen, Stadt	III
Peine, Stadt	III
Quakenbrück, Stadt	I
Rastede	II
Rehburg-Loccum, Stadt	I
Rhauderfehn	I
Rinteln, Stadt	I
Ritterhude	II
Ronnenberg, Stadt	IV
Rosdorf	III
Rosengarten	IV
Rotenburg (Wümme), Stadt	III
Salzgitter, Stadt	III
Sarstedt, Stadt	III
Sassenburg	I
Saterland	I
Scheeßel	I
Schiffdorf	II
Schneverdingen, Stadt	II
Schöningen, Stadt	I

Gemeinde	Mietenstufe
Schortens, Stadt	I
Schüttorf, Stadt	I
Schwanewede	II
Seelze, Stadt	III
Seesen, Stadt	I
Seevetal	V
Sehnde, Stadt	IV
Soltau, Stadt	III
Springe, Stadt	II
Stade, Hansestadt	IV
Stadthagen, Stadt	II
Stelle	V
Stuhr	III
Südbrookmerland	I
Sulingen, Stadt	II
Syke, Stadt	II
Tostedt	IV
Twistringen, Stadt	I
Uelzen, Stadt	II
Uetze	II
Uplengen	I
Uslar, Stadt	I
Varel, Stadt	I
Vechelde	III
Vechta, Stadt	II
Verden (Aller), Stadt	II
Wallenhorst	II
Walsrode, Stadt	II
Wardenburg	II
Wedemark	III
Weener, Stadt	I
Wendeburg	I
Wennigsen (Deister)	III
Westerstede, Stadt	II
Westoverledingen	I
Weyhe	III
Wiefelstede	II
Wiesmoor, Stadt	I
Wietmarschen	I

Gemeinde	Mietenstufe
Wildeshausen, Stadt	II
Wilhelmshaven, Stadt	II
Winsen (Aller)	I
Winsen (Luhe), Stadt	V
Wittingen, Stadt	I
Wittmund, Stadt	I
Wolfenbüttel, Stadt	III
Wolfsburg, Stadt	IV
Wunstorf, Stadt	III
Zetel	I
Zeven, Stadt	II
Kreis	Mietenstufe
Aurich	I
Celle	I
Cloppenburg	I
Cuxhaven	I
Diepholz	I
Emsland	I
Friesland	I
Gifhorn	I
Goslar	I
Göttingen	I
Grafschaft Bentheim	I
Hameln-Pyrmont	I
Harburg	IV
Heidekreis	I
Helmstedt	I
Hildesheim	I
Holzminden	I
Leer	I
Lüchow-Dannenberg	I
Lüneburg	III
Nienburg (Weser)	I
Northeim	I
Oldenburg	I
Osnabrück	I
Osterholz	I
Osterode am Harz	I
Peine	II
Rotenburg (Wümme)	I
Schaumburg	I
Stade	II
Uelzen	I
Vechta	I

Kreis	Mietenstufe
Verden	I
Wesermarsch	I
Wittmund	I
Wolfenbüttel	I

Land: Nordrhein-Westfalen

Gemeinde	Mietenstufe
Aachen, Stadt	IV
Ahaus, Stadt	II
Ahlen, Stadt	II
Aldenhoven	III
Alfter	IV
Alpen	II
Alsdorf, Stadt	III
Altena, Stadt	I
Altenberge	III
Anröchte	I
Arnsberg, Stadt	II
Ascheberg	II
Attendorn, Stadt	II
Bad Berleburg, Stadt	II
Bad Driburg, Stadt	I
Bad Honnef, Stadt	IV
Bad Laasphe, Stadt	II
Bad Lippspringe, Stadt	II
Bad Münstereifel, Stadt	II
Bad Oeynhausen, Stadt	II
Bad Salzuflen, Stadt	II
Bad Sassendorf	II
Bad Wünnenberg, Stadt	I
Baesweiler, Stadt	II
Balve, Stadt	II
Beckum, Stadt	II
Bedburg, Stadt	III
Bedburg-Hau	II
Bergheim, Stadt	III
Bergisch-Gladbach, Stadt	V
Bergkamen, Stadt	III
Bergneustadt, Stadt	II
Bestwig	I
Beverungen, Stadt	I
Bielefeld, Stadt	III
Billerbeck, Stadt	II
Blomberg, Stadt	I
Bocholt, Stadt	III

Gemeinde	Mietenstufe
Bochum, Stadt	III
Bönen	III
Bonn, Stadt	V
Borchen	II
Borken, Stadt	II
Bornheim, Stadt	IV
Bottrop, Stadt	III
Brakel, Stadt	I
Brilon, Stadt	I
Brüggen	II
Brühl, Stadt	V
Bünde, Stadt	II
Büren, Stadt	I
Burbach	II
Burscheid, Stadt	IV
Castrop-Rauxel, Stadt	III
Coesfeld, Stadt	II
Datteln, Stadt	II
Delbrück, Stadt	I
Detmold, Stadt	III
Dinslaken, Stadt	III
Dormagen, Stadt	IV
Dorsten, Stadt	III
Dortmund, Stadt	III
Drensteinfurt, Stadt	II
Drolshagen, Stadt	I
Dülmen, Stadt	II
Düren, Stadt	III
Düsseldorf, Stadt	VI
Duisburg, Stadt	III
Eitorf	II
Elsdorf	IV
Emmerich am Rhein, Stadt	III
Emsdetten, Stadt	II
Engelskirchen	III
Enger, Stadt	II
Ennepetal, Stadt	III
Ennigerloh, Stadt	II
Ense	II
Erfstadt, Stadt	IV
Erkelenz, Stadt	III
Erkrath, Stadt	IV
Erwitte, Stadt	II
Eschweiler, Stadt	III

Gemeinde	Mietenstufe
Espelkamp, Stadt	II
Essen, Stadt	IV
Euskirchen, Stadt	III
Extertal	I
Finnentrop	I
Frechen, Stadt	IV
Freudenberg, Stadt	II
Fröndenberg, Stadt	II
Gangelt	I
Geilenkirchen, Stadt	II
Geldern, Stadt	III
Gelsenkirchen, Stadt	II
Gescher, Stadt	II
Geseke, Stadt	II
Gevelsberg, Stadt	III
Gladbeck, Stadt	II
Goch, Stadt	III
Grefrath	III
Greven, Stadt	III
Grevenbroich, Stadt	IV
Gronau (Westfalen), Stadt	II
Gütersloh, Stadt	III
Gummersbach, Stadt	II
Haan, Stadt	IV
Hagen, Stadt	III
Halle (Westfalen), Stadt	II
Haltern am See, Stadt	III
Halver, Stadt	III
Hamm, Stadt	II
Hamminkeln, Stadt	II
Harsewinkel, Stadt	II
Hattingen, Stadt	III
Havixbeck	III
Heiligenhaus, Stadt	IV
Heinsberg, Stadt	II
Hemer, Stadt	II
Hennef (Sieg), Stadt	IV
Herdecke, Stadt	III
Herford, Stadt	II
Herne, Stadt	II
Herten, Stadt	III
Herzebrock-Clarholz	II
Herzogenrath, Stadt	III
Hiddenhausen	II

Gemeinde	Mietenstufe
Hilchenbach, Stadt	II
Hilden, Stadt	V
Hille	I
Hörstel, Stadt	I
Hövelhof	I
Höxter, Stadt	I
Holzwickede	III
Horn-Bad Meinberg, Stadt	I
Hückelhoven, Stadt	II
Hückeswagen, Stadt	III
Hüllhorst	I
Hünxe	III
Hürth, Stadt	V
Ibbenbüren, Stadt	II
Iserlohn, Stadt	III
Isselburg, Stadt	II
Issum	III
Jüchen	III
Jülich, Stadt	III
Kaarst, Stadt	V
Kalkar, Stadt	II
Kall	II
Kalletal	I
Kamen, Stadt	III
Kamp-Lintfort, Stadt	III
Kempen, Stadt	III
Kerken	III
Kerpen, Stadt	IV
Kevelaer, Stadt	II
Kierspe, Stadt	III
Kirchhundem	I
Kirchlengern	II
Kleve, Stadt	III
Köln, Stadt	VI
Königswinter, Stadt	IV
Korschenbroich, Stadt	III
Kranenburg	II
Krefeld, Stadt	IV
Kreuzau	II
Kreuztal, Stadt	II
Kürten	IV
Lage, Stadt	II
Langenfeld (Rheinland), Stadt	IV
Langerwehe	II

Gemeinde	Mietenstufe
Leichlingen (Rheinland), Stadt	IV
Lemgo, Stadt	II
Lengerich, Stadt	II
Lennestadt, Stadt	II
Leopoldshöhe	II
Leverkusen, Stadt	IV
Lichtenau, Stadt	I
Lindlar	III
Linnich, Stadt	I
Lippetal	II
Lippstadt, Stadt	II
Löhne, Stadt	II
Lohmar, Stadt	IV
Lotte	II
Lübbecke, Stadt	II
Lüdenscheid, Stadt	III
Lüdinghausen, Stadt	II
Lünen, Stadt	III
Marienheide	III
Marl, Stadt	III
Marsberg, Stadt	I
Mechernich, Stadt	III
Meckenheim, Stadt	IV
Meerbusch, Stadt	V
Meinerzhagen, Stadt	II
Menden (Sauerland), Stadt	III
Meschede, Stadt	II
Mettingen	I
Mettmann, Stadt	IV
Minden, Stadt	II
Möhnesee	I
Mönchengladbach, Stadt	III
Moers, Stadt	III
Monheim am Rhein, Stadt	V
Monschau, Stadt	II
Morsbach	II
Much	III
Mülheim an der Ruhr, Stadt	III
Münster, Stadt	IV
Netphen	II
Nettetal, Stadt	III
Neuenkirchen	II
Neuenrade, Stadt	III
Neukirchen-Vluyn, Stadt	III

Gemeinde	Mietenstufe
Neunkirchen	II
Neunkirchen-Seelscheid	III
Neuss, Stadt	V
Niederkassel, Stadt	IV
Niederkrüchten	III
Niederzier	II
Nörvenich	II
Nottuln	III
Nümbrecht	II
Oberhausen, Stadt	III
Ochtrup, Stadt	I
Odenthal	IV
Oelde, Stadt	II
Oer-Erkenschwick, Stadt	III
Örtinghausen, Stadt	II
Olfen, Stadt	III
Olpe, Stadt	II
Olsberg, Stadt	I
Ostbevern	II
Overath	IV
Paderborn, Stadt	II
Petershagen, Stadt	I
Plettenberg, Stadt	II
Porta Westfalica, Stadt	I
Preussisch Oldendorf, Stadt	I
Pulheim, Stadt	V
Radevormwald, Stadt	III
Raesfeld	II
Rahden, Stadt	I
Ratingen, Stadt	V
Recke	I
Recklinghausen, Stadt	III
Rees, Stadt	II
Reichshof	II
Reken	I
Remscheid, Stadt	III
Rheda-Wiedenbrück, Stadt	III
Rhede, Stadt	III
Rheinbach, Stadt	III
Rheinberg, Stadt	III
Rheine, Stadt	II
Rietberg, Stadt	II
Rösrath	V
Rommerskirchen	III

Gemeinde	Mietenstufe
Rosendahl	I
Rüthen, Stadt	I
Ruppichteroth	II
Salzkotten, Stadt	I
Sankt Augustin, Stadt	IV
Sassenberg, Stadt	II
Schalksmühle	II
Schermbach	III
Schleiden, Stadt	I
Schloß Holte-Stukenbrock	II
Schmallenberg, Stadt	I
Schwalmtal	III
Schwelm, Stadt	III
Schwerte, Stadt	III
Selm, Stadt	III
Senden	II
Sendenhorst, Stadt	II
Siegburg, Stadt	IV
Siegen, Stadt	III
Simmerath	III
Soest, Stadt	II
Solingen, Stadt	IV
Spence, Stadt	I
Sprockhövel, Stadt	III
Stadtlohn, Stadt	II
Steinfurt, Stadt	II
Steinhagen	II
Steinheim, Stadt	I
Stemwede	I
Stolberg (Rheinland), Stadt	III
Straelen, Stadt	III
Sundern (Sauerland), Stadt	I
Swisttal	IV
Telgte, Stadt	III
Tönisvorst, Stadt	IV
Troisdorf, Stadt	IV
Übach-Palenberg, Stadt	III
Unna, Stadt	III
Velbert, Stadt	IV
Velen	II
Verl	II
Versmold, Stadt	I
Viersen, Stadt	III
Vlotho, Stadt	I

Gemeinde	Mietenstufe
Voerde (Niederrhein), Stadt	III
Vreden, Stadt	I
Wachtberg	IV
Wadersloh	I
Waldbröl, Stadt	III
Waltrop, Stadt	III
Warburg, Stadt	I
Warendorf, Stadt	II
Warstein, Stadt	I
Wassenberg, Stadt	III
Weeze	II
Wegberg, Stadt	III
Weilerswist	III
Welper	II
Wenden	II
Werdohl, Stadt	II
Werl, Stadt	II
Wermelskirchen, Stadt	III
Werne, Stadt	III
Werther (Westfalen), Stadt	II
Wesel, Stadt	III
Wesseling, Stadt	IV
Westerkappeln	I
Wetter (Ruhr), Stadt	III
Wickede (Ruhr)	II
Wiehl, Stadt	II
Willich, Stadt	IV
Wilnsdorf	II
Windeck	II
Winterberg, Stadt	I
Wipperfürth, Stadt	III
Witten, Stadt	III
Wülfrath, Stadt	III
Würselen, Stadt	III
Wuppertal, Stadt	III
Xanten, Stadt	III
Zülpich, Stadt	III
Kreis	Mietenstufe
Borken	II
Coesfeld	II
Düren	II
Ennepe-Ruhr-Kreis	III
Euskirchen	I
Gütersloh	II

Kreis	Mietenstufe
Heinsberg	II
Herford	I
Hochsauerlandkreis	I
Höxter	I
Kleve	II
Lippe	I
Märkischer Kreis	II
Paderborn	I
Siegen-Wittgenstein	II
Städteregion Aachen	II
Steinfurt	I
Warendorf	II
Wesel	II

Land: Rheinland-Pfalz

Gemeinde	Mietenstufe
Alzey, Stadt	III
Andernach, Stadt	II
Bad Dürkheim, Stadt	IV
Bad Kreuznach, Stadt	III
Bad Neuenahr-Ahrweiler, Stadt	III
Bendorf, Stadt	II
Bingen am Rhein, Stadt	III
Bitburg, Stadt	III
Böhl-Iggelheim	I
Boppard, Stadt	I
Diez, Stadt	II
Frankenthal (Pfalz), krsfr. Stadt	III
Germersheim, Stadt	III
Grafschaft	II
Grünstadt, Stadt	III
Haßloch	III
Herxheim b. Landau/Pfalz	II
Idar-Oberstein, Stadt	I
Ingelheim am Rhein, Stadt	V
Kaiserslautern, krsfr. Stadt	II
Koblenz, Stadt	III
Konz, Stadt	III
Lahnstein, Stadt	II
Landau i. d. Pfalz, krsfr. Stadt	III
Limburgerhof	IV
Ludwigshafen am Rhein, krsfr. Stadt	IV
Mainz, krsfr. Stadt	VI

Gemeinde	Mietenstufe
Mayen, Stadt	II
Montabaur, Stadt	II
Morbach	I
Mülheim-Kärlich, Stadt	II
Mutterstadt	IV
Neustadt (a. d. Weinstraße), krsfr. Stadt	II
Neuwied, Stadt	II
Pirmasens, krsfr. Stadt	I
Remagen, Stadt	III
Schifferstadt, Stadt	III
Sinzig, Stadt	II
Speyer, krsfr. Stadt	III
Trier, Stadt	III
Wittlich, Stadt	II
Wörth am Rhein, Stadt	III
Worms, krsfr. Stadt	III
Zweibrücken, krsfr. Stadt	I
Kreis	Mietenstufe
Ahrweiler	I
Altenkirchen (Westerwald)	I
Alzey-Worms	II
Bad Dürkheim	II
Bad Kreuznach	I
Bernkastel-Wittlich	I
Birkenfeld, Nationalparklandkreis	I
Cochem-Zell	I
Donnersbergkreis	II
Eifelkreis Bitburg-Prüm	I
Germersheim	II
Kaiserslautern	II
Kusel	I
Mainz-Bingen	III
Mayen-Koblenz	I
Neuwied	I
Rhein-Hunsrück-Kreis	I
Rhein-Lahn-Kreis	I
Rhein-Pfalz-Kreis	III
Südliche Weinstraße	II
Südwestpfalz	I
Trier-Saarburg	I
Vulkaneifel	I
Westerwaldkreis	I

Land: Saarland

Gemeinde	Mietenstufe
Beckingen	I
Bexbach, Stadt	I
Blieskastel, Stadt	I
Dillingen/Saar, Stadt	II
Eppelborn	I
Friedrichsthal, Stadt	II
Heusweiler	I
Homburg, Kreisstadt	II
Illingen	II
Kirkel	II
Kleinblittersdorf	II
Lebach, Stadt	I
Losheim am See	I
Mandelbachtal	I
Marpingen	I
Merchweiler	I
Merzig, Kreisstadt	II
Mettlach	II
Neunkirchen, Kreisstadt	II
Nohfelden	I
Ottweiler, Stadt	I
Püttlingen, Stadt	II
Quierschied	II
Rehlingen-Siersburg	I
Riegelsberg	II
Saarbrücken, Landeshauptstadt	III
Saarlouis, Kreisstadt	III
Saarwellingen	I
Sankt Ingbert, Stadt	II
Sankt Wendel, Kreisstadt	I
Schiffweiler	II
Schmelz	II
Schwalbach	II
Spiesen-Elversberg	II
Sulzbach/Saar, Stadt	II
Tholey	II
Überherrn	II
Völklingen, Stadt	II
Wadern, Stadt	I
Wadgassen	II
Kreis	Mietenstufe
Merzig-Wadern	I
Saarlouis	II

Kreis	Mietenstufe
Saarpfalz-Kreis	I
Sankt Wendel	I
Regionalverband Saarbrücken	I

Land: Sachsen

Gemeinde	Mietenstufe
Annaberg-Buchholz, Stadt	I
Aue, Stadt	I
Auerbach/Vogtland, Stadt	I
Bannewitz	III
Bautzen, Stadt	II
Bischofswerda, Stadt	II
Borna, Stadt	II
Burgstädt, Stadt	II
Chemnitz, Stadt	II
Coswig, Stadt	III
Crimmitschau, Stadt	I
Delitzsch, Stadt	II
Dippoldiswalde, Stadt	II
Döbeln, Stadt	II
Dresden, Stadt	III
Ebersbach-Neugersdorf, Stadt	I
Eilenburg, Stadt	II
Flöha, Stadt	II
Frankenberg, Stadt	II
Freiberg, Stadt	II
Freital, Stadt	II
Frohburg	II
Glauchau, Stadt	II
Görlitz, Stadt	I
Grimma, Stadt	II
Großenhain, Stadt	II
Heidenau, Stadt	II
Hohenstein-Ernstthal, Stadt	II
Hoyerswerda, Stadt	II
Kamenz, Stadt	II
Klipphausen	I
Leipzig, Stadt	II
Lichtenstein/Sachsen, Stadt	II
Limbach-Oberfrohna, Stadt	II
Löbau, Stadt	I
Marienberg, Stadt	I

Gemeinde	Mietenstufe
Markkleeberg, Stadt	III
Markranstädt, Stadt	III
Meerane, Stadt	II
Meißen, Stadt	II
Mittweida, Stadt	II
Mülsen	I
Neustadt i. Sachsen, Stadt	II
Nossen, Stadt	I
Oelsnitz/Erzgebirge, Stadt	II
Oelsnitz/Vogtland, Stadt	I
Oschatz, Stadt	II
Pirna, Stadt	III
Plauen, Stadt	I
Radeberg, Stadt	III
Radebeul, Stadt	III
Reichenbach/Vogtland, Stadt	I
Riesa, Stadt	II
Schkeuditz, Stadt	II
Schneeberg, Stadt	II
Schwarzenberg/Erzgebirge, Stadt	II
Stollberg/Erzgebirge, Stadt	II
Taucha, Stadt	III
Torgau, Stadt	II
Weinböhla	III
Weißwasser/Oberlausitz, Stadt	II
Werdau, Stadt	I
Wilkau-Haßlau, Stadt	II
Wilsdruff, Stadt	II
Wurzen, Stadt	II
Zittau, Stadt	I
Zwickau, Stadt	II
Zwönitz, Stadt	I
Kreis	Mietenstufe
Bautzen	I
Erzgebirgskreis	I
Görlitz	I
Leipzig	II
Meißen	II
Mittelsachsen	II
Nordsachsen	I
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	II
Vogtlandkreis	I
Zwickau	I

Land: Sachsen-Anhalt

Gemeinde	Mietenstufe
Aschersleben, Stadt	II
Bad Dürrenberg, Stadt	II
Bernburg (Saale), Stadt	II
Bitterfeld-Wolfen, Stadt	III
Blankenburg (Harz), Stadt	I
Braunsbedra, Stadt	II
Burg, Stadt	II
Coswig (Anhalt), Stadt	I
Dessau-Roßlau, Stadt	II
Eisleben, Lutherstadt	II
Gardelegen, Stadt	I
Genthin, Stadt	I
Gommern, Stadt	II
Gräfenhainichen, Stadt	I
Halberstadt, Stadt	II
Haldensleben, Stadt	II
Halle (Saale), Stadt	III
Hettstedt, Stadt	II
Hohe Börde	I
Jessen (Elster), Stadt	I
Kemberg, Stadt	I
Klötze, Stadt	I
Köthen (Anhalt), Stadt	II
Landsberg, Stadt	I
Leuna, Stadt	II
Magdeburg, Landeshauptstadt	III
Merseburg, Stadt	III
Möckern, Stadt	I
Muldestausee	I
Naumburg (Saale), Stadt	II
Oberharz am Brocken	I
Oebisfelde-Weferlingen	II
Oschersleben (Bode), Stadt	II
Osterburg (Altmark)	II
Osterwieck, Stadt	I
Quedlinburg, Stadt	II
Querfurt, Stadt	I
Salzatal	II
Salzwedel, Hansestadt	II
Sandersdorf-Brehna	II
Sangerhausen, Stadt	II
Schkopau	II
Schönebeck (Elbe), Stadt	II

Gemeinde	Mietenstufe
Staßfurt, Stadt	II
Stendal, Stadt	II
Südliches Anhalt, Stadt	II
Tangerhütte, Stadt	II
Tangermünde, Stadt	II
Teutschenthal	II
Thale, Stadt	I
Wanzleben-Börde, Stadt	II
Weißenfels, Stadt	II
Wernigerode, Stadt	II
Wettin-Löbejün, Stadt	II
Wittenberg, Lutherstadt	II
Wolmirstedt, Stadt	II
Zeitz, Stadt	II
Zerbst/Anhalt, Stadt	II

Kreis	Mietenstufe
Altmarkkreis-Salzwedel	I
Anhalt-Bitterfeld	II
Börde	I
Burgenlandkreis	I
Harz	I
Jerichower Land	II
Mansfeld-Südharz	I
Saalekreis	II
Salzlandkreis	II
Stendal	I
Wittenberg	I

Land: Schleswig-Holstein

Gemeinde	Mietenstufe
Ahrensburg, Stadt	VI
Bad Bramstedt, Stadt	IV
Bad Oldesloe, Stadt	IV
Bad Schwartau, Stadt	V
Bad Segeberg, Stadt	IV
Bargteheide, Stadt	V
Barmstedt	IV
Barsbüttel	VI
Brunsbüttel, Stadt	II
Eckernförde, Stadt	IV
Elmshorn, Stadt	IV
Eutin, Stadt	IV
Fehmarn, Stadt	IV
Flensburg, Stadt	III

Gemeinde	Mietenstufe
Geesthacht, Stadt	IV
Glinde, Stadt	V
Glückstadt, Stadt	II
Halstenbek	VI
Handewitt	I
Harrislee	III
Heide, Stadt	III
Henstedt-Ulzburg	IV
Husum, Stadt	III
Itzehoe, Stadt	III
Kaltenkirchen, Stadt	IV
Kiel, Landeshauptstadt	V
Kronshagen	IV
Lauenburg/Elbe, Stadt	IV
Lübeck, Hansestadt	IV
Malente	III
Mölln, Stadt	III
Neumünster, Stadt	III
Neustadt in Holstein, Stadt	III
Norderstedt, Stadt	VI
Pinneberg, Stadt	VI
Preetz, Stadt	IV
Quickborn, Stadt	VI
Ratekau	IV
Ratzeburg, Stadt	IV
Reinbek, Stadt	V
Rellingen	V
Rendsburg, Stadt	III
Scharbeutz	V
Schenefeld, Stadt	VI
Schleswig, Stadt	III
Schwarzenbek, Stadt	IV
Schwentinental	IV
Stockelsdorf	IV
Sylt	VI
Tornesch	IV
Uetersen, Stadt	IV
Wedel, Stadt	VI
Wentorf bei Hamburg	IV
Kreis	Mietenstufe
Dithmarschen	I
Herzogtum Lauenburg	III
Nordfriesland	II
Ostholstein	III

Kreis	Mietenstufe
Pinneberg	IV
Plön	III
Rendsburg-Eckernförde	II
Schleswig-Flensburg	I
Segeberg	III
Steinburg	II
Stormarn	IV

Land: Thüringen

Gemeinde	Mietenstufe
Altenburg, Stadt	II
Apolda, Stadt	II
Arnstadt, Stadt	II
Bad Langensalza, Stadt	II
Bad Salzungen, Stadt	II
Eisenach, Stadt	III
Eisenberg, Stadt	II
Erfurt, Stadt	III
Gera, Stadt	II
Gotha, Stadt	II
Greiz, Stadt	I
Heilbad Heiligenstadt, Stadt	II
Hildburghausen, Stadt	II
Ilmenau, Stadt	II
Jena, Stadt	IV
Leinefelde-Worbis	I
Meiningen, Stadt	II
Meuselwitz, Stadt	II
Mühlhausen/Thüringen, Stadt	II
Nordhausen, Stadt	II
Pößneck, Stadt	II
Rudolstadt, Stadt	II
Saalfeld/Saale, Stadt	II
Schmalkalden, Kurort, Stadt	I
Schmölln, Stadt	II
Sömmerda, Stadt	II
Sondershausen, Stadt	II
Sonneberg, Stadt	II
Suhl, Stadt	II
Waltershausen, Stadt	II
Weimar, Stadt	III
Zella-Mehlis, Stadt	II
Zeulenroda-Triebes, Stadt	I

Kreis	Mietenstufe
Altenburger Land	I
Eichsfeld	I
Gotha	I
Greiz	I
Hildburghausen	I
Ilm-Kreis	II
Kyffhäuserkreis	I
Nordhausen	I
Saale-Holzland-Kreis	II
Saale-Orla-Kreis	II
Saalfeld-Rudolstadt	II
Schmalkalden-Meiningen	I
Sömmerda	I
Sonneberg	I
Unstrut-Hainich-Kreis	I
Wartburgkreis	I
Weimarer Land	II“.

Artikel 3 Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes

§ 21 Absatz 2 des Wohnraumförderungsgesetzes vom 13. September 2001 (BGBl. I S. 2376), das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 10 des Gesetzes vom 29. Juni 2015 (BGBl. I S. 1061) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nummer 7.1 wird wie folgt gefasst:

„7.1 das Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld nach § 19 Absatz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch,“.
2. In Nummer 7.3 wird die Angabe „§ 42 Nr. 1 bis 3“ durch die Wörter „§ 42 Nummer 1, 2 und 4“ ersetzt.

Artikel 4 Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 am 1. Januar 2016 in Kraft.

(2) Artikel 1 Nummer 7 Buchstabe b Doppelbuchstabe ee, Nummer 13 Buchstabe a und in Nummer 26 Absatz 3 Satz 1 tritt am 1. November 2015 in Kraft.

(3) Artikel 3 tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 2. Oktober 2015

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Die Bundesministerin
für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Barbara Hendricks

Fünfzehnte Schiffssicherheitsanpassungsverordnung*

Vom 25. September 2015

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur verordnet auf Grund

- des § 15 des Schiffssicherheitsgesetzes vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2860), der zuletzt durch Artikel 555 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist,
- des § 7a Absatz 3 und 4, Absatz 4 auch in Verbindung mit Absatz 5, des § 9 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2, 4 und 5, auch in Verbindung mit Satz 2 und 3 und Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 sowie mit § 9c, und § 12 Absatz 2 Satz 1 des Seeaufgabengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juli 2002 (BGBl. I S. 2876) in Verbindung mit § 1 Absatz 2 des Zuständigkeitsanpassungsgesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3165) und dem Organisationserlass vom 17. Dezember 2013 (BGBl. I S. 4310), von denen § 7a Absatz 3, 4 und 5 des Seeaufgabengesetzes durch Artikel 1 Nummer 6 des Gesetzes vom 8. April 2008 (BGBl. I S. 706) eingefügt und § 9 Absatz 1 Satz 1 des Seeaufgabengesetzes im einleitenden Satzteil und Satz 3 zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 Nummer 6 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa und bb des Gesetzes vom 20. April 2013 (BGBl. I S. 868) und § 9 Absatz 1 Satz 2 des Seeaufgabengesetzes zuletzt durch Artikel 2 Nummer 9 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb des Gesetzes vom 4. Juni 2013 (BGBl. I S. 1471) und § 9c des Seeaufgabengesetzes zuletzt durch Artikel 2 Nummer 10 des Gesetzes vom 4. Juni 2013 (BGBl. I S. 1471) und § 12 Absatz 2 Satz 1 des Seeaufgabengesetzes zuletzt durch Artikel 2 Absatz 163 Nummer 2 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, hinsichtlich des § 12 Absatz 2 Satz 1 des Seeaufgabengesetzes im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen:

Artikel 1

Änderung der

Anlage zum Schiffssicherheitsgesetz

Die Anlage zum Schiffssicherheitsgesetz vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2860), das zuletzt durch Arti-

kel 555 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Abschnitt A wird wie folgt geändert:

a) Unterabschnitt I wird wie folgt geändert:

aa) Nach Nummer I.0.20 wird folgende Nummer I.0.21 eingefügt:

„I.0.21 Änderungen vom Mai 2012 und vom November 2012 (MSC.325(90), MSC.338(91) und MSC.344(91))
Angenommen am 24. Mai 2012, am 30. November 2012 und am 30. November 2012
(BGBl. 2014 II S. 1122)“.

bb) Nummer I.2/1 wird wie folgt geändert:

aaa) Zu Regel II-1/3-2 werden nach der Angabe „(VkBl. 2009 S. 639)“ folgende Wörter angefügt:

„– Änderung von 2012 (MSC.341(91))
Angenommen am 30. November 2012
(VkBl. 2014 S. 624)“.

bbb) Nach der Angabe „(VkBl. 2011 S. 943)“ werden folgende Wörter eingefügt:

„Zu Regel II-1/3-12:
Code über Lärmpegel an Bord von Schiffen (MSC.337(91))
Angenommen am 30. November 2012
(VkBl. 2014 S. 143, Anlageband B 8140)“.

cc) In Nummer I.2/2 werden dem Buchstabe b folgende Angaben angefügt:

„– Änderung von 2013 (MSC.339(91))
Angenommen am 30. November 2012
(VkBl. 2013 S. 1280)“.

dd) In Nummer I.3 werden in der Angabe zu Regel 20.8.1.2 nach der Angabe „(VkBl. 2011 S. 883)“ folgende Wörter angefügt:

„– Änderung von 2014 (MSC.378(93))
Angenommen am 22. Mai 2014
(VkBl. 2015 S. 186)“.

ee) In Nummer I.5 werden nach den Wörtern „amtlich bekannt gemacht“ folgende Wörter angefügt:

„Zu Regel 23 (– hinsichtlich Lotsenversetzrichtungen –):
Entschl. A.1045(27)
Angenommen am 30. November 2011
(VkBl. 2014 S. 93)“.

* – Artikel 1 Nummer 3 Buchstabe c und Artikel 5 Nummer 1 Buchstabe a dieser Verordnung dienen der Umsetzung der Richtlinie 2014/93/EU der Kommission vom 18. Juli 2014 zur Änderung der Richtlinie 96/98/EG des Rates über Schiffsausrüstung (ABl. L 220 vom 25.7.2014, S. 1).

– Artikel 1 Nummer 3 Buchstabe b dieser Verordnung dient der Umsetzung der Durchführungsrichtlinie 2014/111/EU der Kommission vom 17. Dezember 2014 zur Änderung der Richtlinie 2009/15/EG hinsichtlich der Annahme bestimmter Codes und diesbezüglicher Änderungen bestimmter Übereinkommen und Protokolle durch die Internationale Seeschiffahrtsorganisation (IMO) (ABl. L 366 vom 20.12.2014, S. 83).

– Artikel 2 dieser Verordnung dient der Umsetzung der Richtlinie 2015/559/EU der Kommission vom 9. April 2015 zur Änderung der Richtlinie 96/98/EG des Rates über Schiffsausrüstung (ABl. L 95 vom 10.4.2015, S. 1).

– Artikel 3 und Artikel 5 Nummer 1 Buchstabe b und Nummer 2 Buchstabe c dieser Verordnung dienen der Umsetzung der Richtlinie 2014/90/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über Schiffsausrüstung und zur Aufhebung der Richtlinie 96/98/EG des Rates (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 146).

- ff) Nummer I.6 wird wie folgt geändert:
- aaa) Nach den Regel 2 betreffenden Angaben wird folgende Angabe eingefügt:
- „Zu Regel 5 (1):
Richtlinien für die sachgerechte Stauung und Sicherung von Holzdecksloadungen bei der Beförderung mit Seeschiffen, 2011 (2011 TDC-Code) (A.1048(27), A.1048(27)/Corr. 1)
Angenommen am 30. November 2011 (VkBl. 2014, S. 608, Anlageband B 8061)“.
- bbb) Den Regel 6 (1) betreffenden Angaben wird folgende Angabe angefügt:
- „– Änderung von 2013 (MSC.354(92))
Angenommen am 21. Juni 2013 (VkBl. 2013 S. 1285), korrigiert durch Bekanntmachung vom 15. Mai 2014 (VkBl. 2014 S. 467)“.
- gg) Nummer I.7 wird wie folgt geändert:
- aaa) In der Einleitung werden die Wörter „(unter dem Vorbehalt des § 1 Abs. 3 Nr. 3 dieses Gesetzes)“ durch die Wörter „(soweit der Anwendungsbereich dieses Gesetzes nach seinem § 1 Absatz 3 Nummer 3 in Verbindung mit § 9 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 Seeaufgabengesetz gegeben ist)“ ersetzt und die Fußnote wie folgt gefasst:
- „Vgl. § 1 der Gefahrgutverordnung See in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. März 2014 (BGBl. I S. 301), in der jeweiligen Fassung“.
- bbb) In der Angabe zu Regel 8 werden nach der Angabe „(VkBl. 2011 S. 143)“ folgende Wörter angefügt:
- „– Änderung von 2012 (MEPC.225(64) und MSC.340(91))
(VkBl. 2014 S. 564 und VkBl. 2013 S. 1033, Sonderband C 8020)“.
- hh) Nummer I.10 wird wie folgt geändert:
- aaa) Dem Buchstaben a wird folgende Angabe angefügt:
- „– Änderung von 2013 (MSC.351(92))
Angenommen am 21. Juni 2013 (VkBl. 2015 S. 37)“.
- bbb) Dem Buchstaben b wird folgende Angabe angefügt:
- „– Änderung von 2013 (MSC.352(92))
Angenommen am 21. Juni 2013 (VkBl. 2015 S. 38)“.
- b) Unterabschnitt II wird wie folgt geändert:
- aa) Nach Nummer II.0.25 wird folgende Nummer II.0.26 eingefügt:
- „II.0.26 Änderungen vom Mai 2013 (MEPC.235(65) und MEPC.238(65))
Angenommen am 17. Mai 2013 (BGBl. 2014 II S. 709)“.
- bb) In Nummer II.1 werden nach den Wörtern „Zu Anlage I:“ folgende Wörter eingefügt:
- „Zu Regel 6 Absatz 3.1 Satz 3:
Code für anerkannte Organisationen (RO-Code) (EntschlieÙung MEPC.237(65))
Angenommen am 17. Mai 2013 (VkBl. 2014 S. 942, Sonderband C 8012)“.
- cc) In Nummer II.2 werden nach den Wörtern „Zu Anlage II:“ folgende Wörter eingefügt:
- „Zu Regel 8 Absatz 2.2:
Code für anerkannte Organisationen (RO-Code) (MEPC.237(65))
Angenommen am 17. Mai 2013 (VkBl. 2014 S. 942, Sonderband C 8012)“.
- c) Dem Unterabschnitt III wird folgende Nummer III.0.5 angefügt:
- „III.0.5 Änderung vom Mai 2012 und vom November 2012 (MSC.329(90) und MSC.345(91))
Angenommen am 24. Mai 2012 und am 30. November 2012 (BGBl. 2014 II S. 474)“.
2. Abschnitt C wird wie folgt geändert:
- a) Nummer I.4.2. wird wie folgt gefasst:
- „Zu Regel V/18:
Leistungsanforderungen für elektronische Neigungsmesser (Entschl. MSC.363(92))
Angenommen am 14. Juni 2013 (VkBl. 2014 S. 326)“.
- b) Die bisherigen Nummern I.4.2, I.4.3 und I.4.4 werden die Nummern I.4.3, I.4.4 und I.4.5.
- c) Nummer II.4 wird wie folgt geändert:
- Die Angabe
- „– Änderung von 2012 (MEPC.219(63))
Angenommen am 2. März 2012 (VkBl. 2012 S. 795)“
- wird durch die Angabe
- „– Änderung von 2013 (MEPC.239(65))
Angenommen am 17. Mai 2013 (VkBl. 2014 S. 533)“
- ersetzt.
- d) In Nummer II.5 werden nach den Angaben zu Regel 5 Absatz 4 die folgenden Angaben eingefügt:
- „Zu Regel 20 Absatz 2:
Änderungen der Richtlinien von 2012 über die Methode zur Berechnung des erreichten Energieeffizienz-Kennwerts (EEDI) für Schiffsneubauten (Entschl. MEPC.224(64))
Angenommen am 5. Oktober 2012 (VkBl. 2014 S. 638)“.
- e) Dem Abschnitt C wird folgende Nummer IV. angefügt:
- „IV. Zum Internationalen Übereinkommen von 2001 über die Beschränkung des Einsatzes schädlicher Bewuchsschutzsysteme auf Schiffen vom 5. Oktober 2001 (BGBl. 2008 II S. 522) (AFS-Übereinkommen):
- IV.1 Zum Übereinkommen:
- Zu Artikel 11 Absatz 1 und 2:
Richtlinien von 2011 für die Überprüfung von Bewuchsschutzsystemen an Schiffen

(Entschl. MEPC.208(62))
 Angenommen am 15. Juli 2011
 (VkB. 2012 S. 202)

Zu Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe b:
 Richtlinien für die Entnahme kleiner Stichproben des Bewuchsschutzsystems an Schiffen
 (Entschl. MEPC.104(49))
 Angenommen am 18. Juli 2003
 (VkB. 2007 S. 661)

IV.2 Zu Anlage 4:

Zu Regel 1 Absatz 4:
 Richtlinien von 2010 für Besichtigungen von Bewuchsschutzsystemen auf Schiffen und für die Erteilung von Zeugnissen über solche Besichtigungen (Entschl. MEPC.195(61))
 Angenommen am 1. Oktober 2010
 (VkB. 2011 S. 30)*.

3. Abschnitt D wird wie folgt geändert:

a) Der Einleitungssatz zu Abschnitt D wird wie folgt gefasst:

„– Die Änderungshistorie der in diesem Abschnitt genannten Rechtsvorschriften des Gemeinschafts- und Unionsrechts ist über das Internet unter www.eur-lex.europa.eu abrufbar. –“.

b) Die Nummern 7 und 8 werden wie folgt gefasst:

„7. Artikel 3, 4 Absatz 1 Satz 1 und 2, Absatz 2 Satz 1, Artikel 5, 6 Absatz 2, Artikel 8 bis 11 und 14 in Verbindung mit den Anhängen I und II sowie Artikel 1 und 2 der Richtlinie 2009/15/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über gemeinsame Vorschriften und Normen für Schiffsüberprüfungs- und -besichtigungsorganisationen und die einschlägigen Maßnahmen der Seebehörden (ABl. L 131 vom 28.05.2009, S. 47), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Durchführungsrichtlinie 2014/111/EU der Kommission vom 17. Dezember 2014 zur Änderung der Richtlinie 2009/15/EG hinsichtlich der Annahme bestimmter Codes und diesbezüglicher Änderungen bestimmter Übereinkommen und Protokolle durch die Internationale Seeschiff-fahrtsorganisation (IMO) (ABl. L 366 vom 20.12.2014, S. 83)*

* Amtlicher Hinweis zu Nummer 7 – Nach Artikel 2 der Richtlinie 2014/111/EU sind die Rechtsvorschriften ab dem 1. Januar 2016 anzuwenden.

8. Artikel 4 bis 6, Artikel 7 Absatz 1 und 2, Artikel 8 und 9, Artikel 11 bis 13, Artikel 14 Absatz 1 bis 3, Absatz 4 Satz 1, Artikel 15 Absatz 1 bis 3, Artikel 16 bis 18, Artikel 18a Absatz 1 bis 6, Absatz 8, Artikel 19 Absatz 1 bis 6, Absatz 8 bis 10, Artikel 20 bis 22, Artikel 23 Absatz 4, Artikel 24 Absatz 2 und 3, Artikel 29 in Verbindung mit den Anhängen I bis XI und XIV sowie den Artikeln 1 bis 3 der Richtlinie 2009/16/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die Hafenstaatkontrolle (ABl. L 131 vom 28.05.2009,

S. 57), die durch die Richtlinie 2013/38/EU (ABl. L 218 vom 14.8.2013, S. 1) geändert worden ist, in Verbindung mit Artikel 1 der Richtlinie 96/40/EG der Kommission vom 25. Juni 1996 zur Erstellung eines einheitlichen Musters für Ausweise der Besichter der Hafenstaatkontrolle (ABl. L 196 vom 7.8.1996, S. 1).“

c) Nummer 10 wird wie folgt gefasst:

„10. Artikel 3 bis 6, 8 bis 13 Absatz 1 und 3, Artikel 14 bis 16 sowie 19 in Verbindung mit den Anhängen A bis D sowie mit den Artikeln 1 und 2 der Richtlinie 96/98/EG des Rates vom 20. Dezember 1996 über Schiffsausrüstung (ABl. L 46 vom 17.2.1997, S. 25), zuletzt geändert durch Artikel 1 und 2 der Richtlinie 2014/93/EU der Kommission vom 18. Juli 2014 zur Änderung der Richtlinie 96/98/EG des Rates über Schiffsausrüstung (ABl. L 220 vom 25.7.2014, S. 1)⁶⁾

⁶⁾ Der Anhang A.1 der Richtlinie verweist zusätzlich zu den Bestimmungen dieses Gesetzes auf Bestimmungen folgender Instrumente der IMO:

1. Entschl. A.224(VII) vom 12. Oktober 1971
 Leistungsanforderungen für Echolotanlagen
 (VkB. 1998 S. 892, Anlageband B 8119),
2. Entschl. A.278(VIII) vom 20. November 1973
 Symbole für Bedienelemente für Schiffs-Navigationsradaranlagen
 (VkB. 1998 S. 892, Anlageband B 8119),
3. Entschl. A.342(IX) vom 12. November 1975
 Empfehlung für Leistungsanforderungen für Selbststeueranlagen
 (VkB. 1998 S. 892, Anlageband B 8119),
4. Entschl. MEPC.176(58) vom 10. Oktober 2008
 Änderungen der Anlage des Protokolls von 1997 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe in der Fassung des Protokolls von 1978 zu diesem Übereinkommen
 (Revidierte Anlage VI von MARPOL)
 (BGBl. 2010 II S. 556),
5. Entschl. MEPC.177(58) vom 10. Oktober 2008
 Revidierte Technische Vorschrift über die Kontrolle der Stickoxid-Emissionen aus Schiffsdieselmotoren (Technische NOx-Vorschrift 2008)
 (VkB. 2010 S. 290),
6. Entschl. MEPC.198(62) vom 15. Juli 2011
 Richtlinien von 2011 über zusätzliche Aspekte der Technischen NOx-Vorschrift 2008 in Bezug auf besondere Anforderungen an Schiffsdieselmotoren mit Systemen zur selektiven katalytischen Reduktion (SCR)
 (VkB. 2012 S. 1009, berichtigt durch VkB. 2015 S. 58),
7. Entschl. A.382(X) vom 14. November 1977
 Magnetkompass – Mitführung und Leistungsanforderungen
 (VkB. 1998 S. 892, Anlageband B 8119),
8. Entschl. A.384(X) vom 14. November 1977
 Rettungsmittel und Navigationsausrüstung: Radarreflektor für Rettungsboote und Bereitschaftsboote
 (VkB. 2002 S. 689, Anlageband B 8120),
9. Entschl. A.385(X) vom 14. November 1977
 Funkausrüstung: UKW-Funkanlage zur Abwicklung von DSC und Sprechfunk,
10. Entschl. A.424(XI) vom 15. November 1979
 Leistungsanforderungen für Kreiselkompass
 (VkB. 1998 S. 892, Anlageband B 8119),
11. Entschl. A.524(13) vom 17. November 1983
 Funkausrüstung: UKW-Funkanlage zur Abwicklung von DSC und Sprechfunk,
12. Entschl. A.526(13) vom 17. November 1983
 Leistungsanforderungen für Wendeanzeiger
 (VkB. 1998 S. 892, Anlageband B 8119),

13. Entschl. A.530(13) vom 17. November 1983
Verwendung von Radartranspondern für Suche und Rettung
(VkB. 1998 S. 892, Anlageband B 8119),
14. Entschl. A.567(14) vom 20. November 1985
Bestandteile von Inertgasanlagen,
15. Entschl. A.570(14) vom 20. November 1985
Funkausrüstung: EGC-Empfänger, INMARSAT-B SES, INMARSAT-C SES,
16. Entschl. A.662(16) vom 19. Oktober 1989
Funkausrüstung: Satelliten-EPIRB 406 MHz (COSPAS-SARSAT), L-Band: Satelliten-EPIRB 1,6 GHz (INMARSAT),
17. Entschl. A.664(16) vom 19. Oktober 1989
Funkausrüstung: EGC-Empfänger, INMARSAT-C SES,
18. Entschl. A.694(17) vom 6. November 1991
Allgemeine Anforderungen für auf Schiffen mitgeführte Funkausrüstung als Teil des Weltweiten Seenot- und Sicherheitsfunksystems (GMDSS) und an elektronische Navigationshilfen
(VkB. 1998 S. 892, Anlageband B 8119),
19. Entschl. A.696(17) vom 6. November 1991
Funkausrüstung: Satelliten-EPIRB 406 MHz (COSPAS-SARSAT),
20. Entschl. A.699(17) vom 6. November 1991
Funkausrüstung: KW-MSI-Empfänger (KW-NBDP-Empfänger),
21. Entschl. A.700(17) vom 6. November 1991
Funkausrüstung: KW-MSI-Empfänger (KW-NBDP-Empfänger),
22. Entschl. A.752(18) vom 4. November 1993
Brandschutz: Bodennahe Sicherheitsleitsysteme (nur Bestandteile),
23. Entschl. A.802(19) vom 23. November 1995
Leistungsanforderungen für Radartransponder auf Überlebensfahrzeugen für den Gebrauch bei Such- und Rettungseinsätzen
(VkB. 1998 S. 892, Anlageband B 8119),
24. Entschl. A.803(19) vom 23. November 1995
Funkausrüstung: UKW-Funkanlage zur Abwicklung von DSC und Sprechfunk; UKW-DSC-Wachempfänger,
25. Entschl. A.804(19) vom 23. November 1995
Funkausrüstung: GW-Funkanlage zur Abwicklung von DSC und Sprechfunk; GW-Funk-DSC-Wachempfänger,
26. Entschl. A.806(19) vom 23. November 1995
Funkausrüstung: KW-MSI-Empfänger (KW-NBDP-Empfänger; GW-KW-Funkanlage zur Abwicklung von DSC, NBDP und Sprechfunk; GW-KW-DSC-Wachempfänger),
27. Entschl. A.807(19) vom 23. November 1995
Funkausrüstung: INMARSAT-C SES,
28. Entschl. A.808(19) vom 23. November 1995
Funkausrüstung: INMARSAT-B SES,
29. Entschl. A.809(19) vom 23. November 1995
Funkausrüstung: Tragbare bzw. fest eingebaute UKW-Sprechfunkgeräte (Sender/Empfänger) für Überlebensfahrzeuge,
30. Entschl. A.810(19) vom 23. November 1995
Funkausrüstung: Satelliten-EPIRB 406 MHz (COSPAS-SARSAT),
31. Entschl. A.818(19) vom 23. November 1995
Leistungsanforderungen für an Bord mitgeführte LORAN-C und CHAYKA-Empfänger
(VkB. 1998 S. 892, Anlageband B 8119),
32. Entschl. A.821(19) vom 23. November 1995
Leistungsanforderungen für Kreiselkompass für Hochgeschwindigkeitsfahrzeuge
(VkB. 1998 S. 892, Anlageband B 8119),
33. Entschl. A.823(19) vom 23. November 1995
Leistungsanforderungen für automatische Radar-Plotthilfen (ARPA)
(VkB. 1998 S. 892, Anlageband B 8119),
34. Entschl. A.824(19) vom 23. November 1995
Leistungsanforderungen für Fahrtmessanlagen
(VkB. 1998 S. 892, Anlageband B 8119),
35. MSC/Rundschreiben 353 vom 17. Juni 1983
Brandschutz: Bestandteile von Inertgasanlagen,
36. MSC/Rundschreiben 485 vom 22. April 1988
Brandschutz: Bestandteile von Inertgasanlagen,
37. MSC/Rundschreiben 773 vom 2. Januar 1997
Lotsenversetzeinrichtungen
(VkB. 1998 S. 892, Anlageband B 8119),
38. MSC/Rundschreiben 809 vom 30. Juni 1997
Rettungsmittel: Automatisch selbstaufrichtende Rettungsflöße bzw. beidseitig verwendbare Rettungsflöße mit Schutzdach; schnelle Bereitschaftsboote; Aussetzvorrichtungen für schnelle Bereitschaftsboote,
39. MSC/Rundschreiben 811 vom 8. Juli 1997
Rettungsmittel: Aufblasbare, starre oder automatisch selbstaufrichtende Rettungsflöße oder beidseitig verwendbare Rettungsflöße mit Schutzdach oder Aufschwimmvorrichtungen für Rettungsflöße,
40. MSC/Rundschreiben 848 vom 8. Juni 1998
Brandschutz: Gleichwertige Bestandteile von fest eingebauten Gas-Löschanlagen für Maschinenräume und Ladungspumpenräume,
41. MSC/Rundschreiben 862 vom 22. Mai 1998
Funkausrüstung: UKW-Funkanlage zur Abwicklung von DSC und Sprechfunk; Satelliten-EPIRB 406 MHz (COSPAS-SARSAT); L-Band: Satelliten-EPIRB 1,6 GHz (INMARSAT); GW-Funkanlage zur Abwicklung von DSC und Sprechfunk; INMARSAT-B SES; INMARSAT-C SES; GW-KW-Funkanlage zur Abwicklung von DSC, NBDP und Sprechfunk
(VkB. 2002 S. 689, Anlageband B 8120),
42. MSC/Rundschreiben 912 vom 4. Juni 1999
Interpretationen zu den Standards für festeingebaute Sprinklersysteme auf Hochgeschwindigkeitsfahrzeugen
(VkB. 2001 S. 150),
43. Entschl. MSC.36(63) vom 20. Mai 1994
Internationaler Code für die Sicherheit von Hochgeschwindigkeitsfahrzeugen (HSC-Code)
(BAnz. Nr. 21a vom 31. Januar 1996),
44. Entschl. MSC.4(48)-(IBC-Code) vom 17. Juni 1983
(BAnz. Nr. 125a vom 12. Juli 1986)
– Änderung von 1987 (MEPC.19(22))
(BAnz. Nr. 166a vom 8. September 1987)
– Änderung von 1989 (MSC.14(57))
(BAnz. Nr. 13a vom 19. Januar 1991)
– Änderung von 1990 (MSC.16(58))
(BAnz. Nr. 144a vom 3. August 1994)
– Änderung von 1992 (MSC.28(61))
(BAnz. Nr. 67a vom 9. April 1994)
– Änderungen von 1996 (MSC.50(66) und MSC.58(67))
(BAnz. Nr. 89a vom 14. Mai 1998)
– Änderung von 2000 (MSC.102(73))
(BAnz. Nr. 109a vom 18. Juni 2002)
– Neufassung des Internationalen Code für den Bau und die Ausrüstung von Schiffen zur Beförderung gefährlicher Chemikalien als Massengut (IBC-Code), ergänzte Stofflisten aus dem MEPC.2/Rundschreiben 12 sowie MEPC.1/Rundschreiben 512 (Tripartite-Übereinkommen) (MSC.176(79))
(VkB. 2007 S. 8, 2007 S. 80 und 2007 S. 152)
– Änderung von 2007 (MEPC.166(56) und MSC.2,
45. Entschl. MSC.5(48)-(IGC-Code)
(BAnz. Nr. 125a vom 12. Juli 1986)
– Änderung von 1990 (MSC.17(58))
(BAnz. Nr. 144a vom 3. August 1994)
– Änderung von 1992 (MSC.30(61))
(BAnz. Nr. 67a vom 9. April 1994)
– Änderungen von 1994 und 1996 (MSC.32(63) und MSC.59(67))
(BAnz. Nr. 89a vom 14. Mai 1998)
– Änderung von 2000 (MSC.103(73))
(BAnz. Nr. 109a vom 18. Juni 2002)
– Änderung von 2004 (MSC.177(79))
(VkB. 2009 S. 270)
– Änderung von 2006 (MSC.220(82) und MSC.225(82))
(VkB. 2009 S. 758 und S. 760),
46. Entschl. MSC.98(73)-(FSS-Code)
(VkB. 2002 S. 449, Anlageband B 8128),
47. Entschl. MSC.44(65) vom 11. Mai 1995
Standards für festeingebaute Sprinklersysteme auf Hochgeschwindigkeitsfahrzeugen
(VkB. 2001 S. 150),
48. MSC/Rundschr. 731
(VkB. 1998 S. 892, Anlageband B 8119),
49. Entschl. MSC.191(79)
(VkB. 2005 S. 713),
50. Entschl. MSC.333(90)
(VkB. 7/2014 S. 326),

51. Entschl. MSC.48(66) vom 4. Juni 1996
Internationaler Rettungsmittel-(LSA-)Code
(BAnz. Nr. 118a vom 1. Juli 1998),
 52. MSC/Rundschr. 773
(VkB1. 1998 S. 892, Anlageband B 8119),
 53. Entschl. MSC.256(84)
(BGBl. 2010 II S. 457),
 54. Entschl. MSC.252(83)
(VkB1. 2011 S. 155),
 55. Entschl. MSC.302(83)
(VkB1. 2012 S. 829),
 56. Entschl. MSC.64(67) vom 4. Dezember 1996
Neue und ergänzte Leistungsanforderungen an Funk-
und Navigationsanlagen
(VkB1. 1998 S. 892, Anlageband B 8119 und VkB1. 2002
S. 689, Anlageband B 8120),
 57. Entschl. A.1021(26) vom 2. Dezember 2009
(VkB1. 2011 S. 241, Sonderband B 8121),
 58. Entschl. MSC.188(79)
(VkB1. 2006 S. 520),
 59. Entschl. MSC.74(69) vom 12. Mai 1998
Neue und ergänzte Leistungsnormen für (a) Bahnfüh-
rungssysteme, (b) Echolotanlagen
(VkB1. 2000 S. 234 und VkB1. 2002 S. 689, Anlageband B
8120),
 60. Entschl. MSC.86(70) vom 8. Dezember 1998
Empfehlung neuer und ergänzter Leistungsnormen für (a)
Schallsignal-Empfangsanlagen, (b) Magnetische Kurs-
übertragungssysteme (TMHDs), (c) Integrierte Navigati-
onssysteme, (d) Elektronische Seekarten- und Informati-
onssysteme (ECDISs)
(VkB1. 2000 S. 234),
 61. Entschl. MSC.96(72) vom 22. Mai 2000
Navigationsausrüstung: Geräte zum Anzeigen der Ge-
schwindigkeit und der zurückgelegten Distanz (SDME)
(VkB1. 2002 S. 689, Anlageband B 8120),
 62. Entschl. MSC.97(73) vom 5. Dezember 2000
Internationaler Code für die Sicherheit von Hochge-
schwindigkeitsfahrzeugen (HSC-Code 2000)
(VkB1. 2002 S. 449, Anlageband B 8128),
 63. Entschl. MSC.98(73) vom 5. Dezember 2000
Internationaler Code für Brandsicherheitssysteme (FSS-
Code)
(VkB1. 2002 S. 449, Anlageband B 8128),
 64. Entschl. MEPC.159(55) vom 13. Oktober 2006
Revidierte Richtlinien für die Anwendung von Ausfluss-
normen und die Prüfung von Abwasser-Aufbereitungsan-
lagen
(VkB1. 2010 S. 166),
 65. MSC/Rundschreiben 1387 vom 10. Dezember 2010
Überarbeitete Richtlinien für die Zulassung von fest
eingebauten Objektschutz-Feuerlöschsystemen mit ei-
nem Löschmittel auf Wasserbasis für die Verwendung in
Maschinenräumen der Kategorie A (MSC/Rundschrei-
ben 913)
(VkB1. 2013 S. 1265).“
4. Abschnitt E wird wie folgt geändert:
- a) Der Nummer 1 wird folgende Angabe angefügt:
„– Änderung von 2014 (MSC.377(93))
Angenommen am 22. Mai 2014
(VkB1. 2015 S. 263)“.
 - b) Nummer 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Dem Buchstaben a werden folgende Wörter
angefügt:
„– Änderung von 2013 (MSC.357(92) und
MSC.358(92))
Angenommen am 21. Juni 2013
(VkB1. 2014 S. 387 und 389)“.
 - bb) Dem Buchstaben b werden folgende Wörter
angefügt:
„– Änderungen von 2013 (MSC.359(92))
Angenommen am 21. Juni 2013
(VkB1. 2014 S. 387 und S. 290)“.

c) Nummer 3 wird aufgehoben.

d) Nummer 25 wird wie folgt gefasst:

„Überarbeitete Empfehlung für ein Standardver-
fahren zur Bewertung von Querflutungseinrich-
tungen (Entschl. MSC.362(92))
Angenommen am 14. Juni 2013
(VkB1. 2014 S. 553)“.

e) Folgende Nummer 35 wird angefügt:

„35. Entschließung MSC.346(91) „Anwendung
von Regel III/17-1 SOLAS auf Schiffe, auf
die sich Kapitel III nicht bezieht“
Angenommen am 30. November 2012
(VkB1. 2014 S. 625)“.

Artikel 2

Weitere Änderung der Anlage zum Schiffssicherheitsgesetz

Abschnitt D Nummer 10 der Anlage zum Schiffssi-
cherheitsgesetz vom 9. September 1998 (BGBl. I
S. 2860), das zuletzt durch Artikel 1 dieser Verordnung
geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„10. Artikel 3 bis 6, 8 bis 13 Absatz 1 und 3, Artikel 14
bis 16 sowie 19 in Verbindung mit den Anhängen
A bis D sowie mit den Artikeln 1 und 2 der Richt-
linie 96/98/EG des Rates vom 20. Dezember 1996
über Schiffsausrüstung (ABl. L 46 vom 17.2.1997,
S. 25), zuletzt geändert durch Artikel 1 und 2
der Richtlinie 2015/559/EU der Kommission vom
9. April 2015 zur Änderung der Richtlinie 96/98/EG
des Rates über Schiffsausrüstung (ABl. L 95 vom
10.4.2014, S. 1)⁶⁾“.

Artikel 3

Weitere Änderung der Anlage zum Schiffssicherheitsgesetz

Abschnitt D Nummer 10 der Anlage zum Schiffssi-
cherheitsgesetz vom 9. September 1998 (BGBl. I
S. 2860), das zuletzt durch Artikel 2 dieser Verordnung
geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„10. Artikel 3 bis 7, 9 bis 11 Absatz 1, 5 und 6, Arti-
kel 12 bis 15 Absatz 1 und 2, Artikel 16 bis 19
Absatz 1, Artikel 20 bis 22 Absatz 2, Artikel 23
bis 27 Absatz 4 und 5, Artikel 28 Absatz 1 bis 3,
Artikel 29, Artikel 30 Absatz 1 bis 4, Artikel 31,
Artikel 32 Absatz 1 bis 8 Satz 1, Artikel 34 Ab-
satz 2, Artikel 35 Absatz 1 und 2, Artikel 36, Arti-
kel 37 Absatz 1 bis 3 und die Artikel 39 und 40*
der Richtlinie 2014/90/EU des Europäischen Par-
laments und des Rates vom 23. Juli 2014 über
Schiffsausrüstung und zur Aufhebung der Richt-
linie 96/98/EG des Rates (ABl. L 257 vom
28.8.2014, S. 146)

* Amtlicher Hinweis: Artikel 40 Absatz 2 der Richtlinie
2014/90/EU lautet wie folgt: „Die Anforderungen und Prüfnor-
men für Schiffsausrüstung, die aufgrund nationaler Rechtsvor-
schriften, die die Mitgliedstaaten erlassen haben, um der Richt-
linie 96/98/EG nachzukommen, am 18. September 2016 gelten,
finden bis zum Inkrafttreten der Durchführungsrechtsakte nach
Artikel 35 Absatz 2 weiterhin Anwendung.“

Artikel 4**Änderung der
Schiffssicherheitsverordnung**

Die Anlage 1 der Schiffssicherheitsverordnung vom 18. September 1998 (BGBl. I S. 3013, 3023), die zuletzt durch Artikel 556 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Abschnitt A Unterabschnitt A.I. Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. Zuständige Stellen

Zuständige Stellen für die Durchführung der Aufgaben nach Artikel 10 der Richtlinie sind die in § 3 der Schiffsausrüstungsverordnung bestimmten Stellen.“

2. Unterabschnitt C.I.6 Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. Internationale Richtlinien für die Verwaltung

Die Verwaltung legt bei ihrer Tätigkeit im Sinne des Kapitels IX die durch Entschl. A.1071(28) der IMO beschlossenen Richtlinien (VkBl. 2014 S. 468) zugrunde.“

Artikel 5**Änderung der
Schiffsausrüstungsverordnung**

Die Schiffsausrüstungsverordnung vom 1. Oktober 2008 (BGBl. I S. 1913), die zuletzt durch Artikel 549 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 2 werden die Wörter „, die zuletzt durch die Richtlinie 2013/52/EU (ABl. L 304 vom 14.11.2013, S. 1) geändert worden ist,“ gestrichen.

- b) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Soweit die nach § 3 Absatz 3a zuständige Behörde eine juristische Person als benannte Stelle mit Wirkung ab dem 18. September 2016 anerkennt, so ist abweichend von Satz 1 Nummer 2 Schiffsausrüstung die in Artikel 2 Nummer 1 in Verbindung mit Artikel 3 der Richtlinie 2014/90/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über Schiffsausrüstung und zur Aufhebung der Richtlinie 96/98/EG des Rates (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 146) in der jeweils geltenden Fassung genannte Ausrüstung, mit der ein Schiff nach den internationalen Vorschriften auszustatten ist und für die nach den nationalen oder internationalen Vorschriften die Zulassung durch die Verwaltung des Flaggenstaats erforderlich ist.“

2. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. für Navigations- und Funkausrüstung bis zum 31. Dezember 2015 das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie,“.

- b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

- aa) Der einleitende Satzteil wird wie folgt gefasst:

„Die zuständige Behörde erkennt auf Antrag mit Zustimmung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur eine juristische Person als benannte Stelle an, soweit diese die Anforderungen“.

- bb) Absatz 3 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. der Richtlinie 96/98/EG in der jeweils geltenden Fassung erfüllt und zusätzlich die Anforderungen nach Absatz 2 nachweist.“

- cc) Folgende Sätze werden angefügt:

„Der Nachweis nach Satz 1 Nummer 3 kann durch ein Audit des Antragstellers nach § 4 Absatz 1 erfolgen. Die zuständige Behörde kann, wenn die benannte Stelle die Anforderungen des Absatzes 2 anfänglich nicht vollständig oder bei einem Audit nach § 4 Absatz 1 nachträglich nicht mehr vollständig nachweist, die Anerkennung beschränken oder mit Auflagen versehen; die Anerkennung kann unter diesen Voraussetzungen ausgesetzt sowie ganz oder teilweise zurückgenommen werden. Die Anerkennung und ihre Rücknahme sind im Verkehrsblatt bekannt zu geben.“

- c) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 3a eingefügt:

„(3a) Die zuständige Behörde erkennt auf Antrag mit Zustimmung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur mit Wirkung ab 18. September 2016 eine juristische Person als benannte Stelle an, soweit diese die Anforderungen

1. der DIN EN 45011:1998/03,¹

2. der Entschlüssen der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation, insbesondere Entschliebung A.739(18) vom 4. November 1993 (VkBl. 2008 S. 508) und für die jeweilige Beurteilung der zutreffenden Sachverhalte nach den Modulen in der Entschliebung A.789(19) vom 23. November 1995 (VkBl. 2008 S. 508, 511) sowie

3. der Richtlinie 2014/90/EU in der jeweils geltenden Fassung erfüllt und zusätzlich die Anforderungen nach Absatz 2 nachweist.

Der Nachweis nach Satz 1 Nummer 13 kann durch ein Audit des Antragstellers nach § 4 Absatz 1 erfolgen. Die zuständige Behörde kann, wenn die benannte Stelle die Anforderungen des Absatzes 2 anfänglich nicht vollständig oder bei einem Audit nach § 4 Absatz 1 nachträglich nicht mehr vollständig nachweist, die Anerkennung beschränken oder mit Auflagen versehen; die Anerkennung kann unter diesen Voraussetzungen ausgesetzt sowie ganz oder teilweise zurückgenommen werden. Die Anerkennung und ihre Rücknahme sind im Verkehrsblatt bekannt zu geben.

¹ Die DIN-Norm, auf die in dieser Verordnung verwiesen wird, ist im Beuth-Verlag GmbH, Berlin und Köln, erschienen und beim Deutschen Patent- und Markenamt in München archivmäßig gesichert niedergelegt.“

Artikel 6
Änderung der
BSH-Gebührenverordnung

Abschnitt IX des BSH-Gebührenverzeichnisses der BSH-Gebührenverordnung vom 20. Juli 2012 (BGBl. I S. 1642), die zuletzt durch Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung vom 13. August 2014 (BGBl. I S. 1371) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

Lfd. Nr.	Gebührentatbestand	Gebühr Euro
	„IX. Marktüberwachung	
9010	Anerkennung einer benannten Stelle	3 070 – 9 070
9100	Erstmalige Feststellung der Eignung durch das BSH	2 000 – 5 000“.

Artikel 7
Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt vorbehaltlich der Absätze 2 bis 4 am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe a Doppelbuchstabe ff Dreifachbuchstabe bbb tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2015 in Kraft.

(3) Artikel 2 tritt am 30. April 2016 in Kraft.

(4) Artikel 3 tritt am 18. September 2016 in Kraft.

Berlin, den 25. September 2015

Der Bundesminister
für Verkehr und digitale Infrastruktur
A. Dobrindt

Zehnte Verordnung zur Änderung weinrechtlicher Vorschriften

Vom 1. Oktober 2015

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft verordnet, auch in Verbindung mit § 1 Absatz 2 des Zuständigkeitsanpassungsgesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3165) und dem Organisationserlass vom 17. Dezember 2013 (BGBl. I S. 4310),

- auf Grund des § 13 Absatz 3 Nummer 3 in Verbindung mit § 53 Absatz 1 des Weingesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar 2011 (BGBl. I S. 66), von denen § 13 Absatz 3 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 4 des Gesetzes vom 2. Oktober 2014 (BGBl. I S. 1586) geändert worden ist,
- des § 6 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe e bis m und p, der §§ 15 und 16 und § 31 Absatz 2 Satz 1 und 3 des Marktorganisationsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juni 2005 (BGBl. I S. 1847), von denen § 6 Absatz 1 zuletzt durch Artikel 2 Nummer 20 des Gesetzes vom 6. Juni 2013 (BGBl. I S. 1482), § 15 Satz 1 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 4 und § 31 Absatz 2 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 20 des Gesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2314) geändert worden sind, § 6 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe m des Marktorganisationsgesetzes auch in Verbindung mit § 3b Absatz 2 des Weingesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar 2011 (BGBl. I S. 66), der zuletzt durch Artikel 1 Nummer 5 des Gesetzes vom 2. Oktober 2014 (BGBl. I S. 1586) geändert worden ist, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Artikel 1

Änderung der Dreiundzwanzigsten Verordnung zur Änderung der Weinverordnung

Artikel 2 Absatz 2 der Dreiundzwanzigsten Verordnung zur Änderung der Weinverordnung vom 21. April 2015 (BGBl. I S. 614) wird aufgehoben.

Artikel 2

Änderung der Wein-Vergünstigungsverordnung

Die Wein-Vergünstigungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. April 1987 (BGBl. I S. 1300), die zuletzt durch Artikel 4 der Verordnung vom 18. Juni 2014 (BGBl. I S. 798) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 1 werden

- a) die Wörter „Rechtsakte des Rates und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften“ durch die Wörter „Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union“ und
- b) die Wörter „für Wein“ durch die Wörter „für landwirtschaftliche Erzeugnisse hinsichtlich des Weinssektors“

ersetzt.

2. § 5 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift werden die Wörter „auf Drittlandsmärkten“ gestrichen.
- b) In Absatz 1 werden nach dem Wort „Absatzförderung“ die Wörter „in Mitgliedstaaten nach Artikel 45 Absatz 1 Buchstabe a oder“ eingefügt.

c) § 5 Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Die Bundesanstalt prüft innerhalb von drei Monaten ab Eingang des Antrags auf Gewährung einer Vergünstigung für die Absatzförderung in Drittländern, ob die Voraussetzungen für die Gewährung der Vergünstigung erfüllt sind und trifft nach Maßgabe der in Artikel 5 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EG) Nr. 555/2008 der Kommission vom 27. Juni 2008 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 479/2008 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Wein hinsichtlich der Stützungsprogramme, des Handels mit Drittländern, des Produktionspotenzials und der Kontrollen im Weinsektor (ABl. L 170 vom 30.6.2008, S. 1) genannten Kriterien im Rahmen der verfügbaren Fördermittel eine Auswahl aus den Maßnahmen, für die ein Antrag auf Gewährung einer Vergünstigung nach Absatz 3 gestellt worden ist. Satz 1 gilt entsprechend für Anträge auf Gewährung einer Vergünstigung für die Absatzförderung in Mitgliedstaaten, sofern die in den Artikeln 5b bis 5fa der Verordnung (EG) Nr. 555/2008 genannten Kriterien vorliegen.“

Artikel 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 1. Oktober 2015

Der Bundesminister
für Ernährung und Landwirtschaft
Christian Schmidt

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Postanschrift: 11015 Berlin

Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz

Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II

Postanschrift: 53094 Bonn

Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn

Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH

Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 63,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 8,65 € (7,60 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1095

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 5702 · Entgelt bezahlt

Hinweis auf Verkündungen im Bundesanzeiger

Gemäß § 2 Absatz 3 des Verkündungs- und Bekanntmachungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 114-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, der zuletzt durch Artikel 1 Nummer 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist, wird auf folgende im Bundesanzeiger (www.bundesanzeiger.de) verkündete Rechtsverordnungen nachrichtlich hingewiesen:

	Datum und Bezeichnung der Verordnung	Fundstelle	Tag des Inkrafttretens
17. 9. 2015	Verordnung zur Aufhebung der Zweihundertneunundzwanzigsten Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Flugverfahren für An- und Abflüge nach Sichtflugregeln zum und vom Verkehrslandeplatz Zweibrücken) FNA: 96-1-2-229	BAnz AT 29.09.2015 V1	12. 11. 2015
28. 9. 2015	Siebte Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen für die Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst (Siebte Abfallarbeitsbedingungenverordnung – 7. AbfallArbbV) FNA: neu: 810-1-67-7	BAnz AT 30.09.2015 V1	1. 10. 2015
3. 9. 2015	Dreiundneunzigste Verordnung zur Änderung der Zweihunderteinundzwanzigsten Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Meldepunkten, Streckenführungen und Reise Flughöhen für Flüge nach Instrumentenflugregeln im kontrollierten Luftraum innerhalb der Bundesrepublik Deutschland) FNA: 96-1-2-221	BAnz AT 02.10.2015 V1	10. 12. 2015